

Volker Tschuschke

ZERBRICHT DIE DEMOKRATIE AM EGOISMUS?

Missverstandene Freiheit
und die Folgen

Königshausen & Neumann

Volker Tschuschke

Zerbricht die Demokratie am Egoismus?
Missverstandene Freiheit und die Folgen

Volker Tschuschke

Zerbricht die Demokratie am Egoismus?

Missverstandene Freiheit und die Folgen

Königshausen & Neumann

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Verlag Königshausen & Neumann GmbH, Würzburg 2023

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

Umschlag: skh-softics / coverart

Umschlagabbildung: : Safakc1: Schwarzer Hintergrund und zerbrochenes Glas © envato.com

Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

ISBN 978-3-8260-7943-6

eISBN 978-3-8260-7944-3

www.koenigshausen-neumann.de

www.ebook.de

www.buchhandel.de

www.buchkatalog.de



*Das größte Übel der Demokratie
ist die missbrauchte individuelle Freiheit*

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
1 Die Krise der westlichen Demokratien	15
Zerfallserscheinungen der Staatsform Demokratie.....	15
Was versteht man eigentlich unter „Demokratie“ und wie entstand sie?	28
Wie geht das zusammen: Individuum und Gemeinschaft?	32
Demokratie und Wahlen	37
Die repräsentative Demokratie und ihre Wähler	45
Von der Stammesgesellschaft zur Nation	55
2. Deutschland als Beispiel für den Niedergang	68
Der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg.....	68
Verfassung und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – eine Kritik	70
Deutschland ein „Rechtsstaat“?	76
Ist Deutschland überhaupt (noch) ein „Staat“?.....	92
Das deutsche föderale Missverständnis	101
Die Schwierigkeiten der Deutschen mit ihrer nationalen Identität. . .	113
Die deutschen Probleme mit der Vergangenheitsbewältigung	125
Die nicht bewältigte Vergangenheit und ihre Folgen	135
3. Das politische System und die Parteien	145
Macht in der Politik – die Rolle der Parteien	145
Wer wird eigentlich Politiker?	158
Lobbyismus – Wie frei sind Politik und Abgeordnete?.....	173
Ist der Staat noch Herr im eigenen Land oder sind es die Wirtschaft und multinationale Konzerne?	182
4. Freiheit, Führung und Macht	203
Welche Freiheit?.....	203
Demokratie und das Konzept der Freiheit	215

Ist Führung notwendig – falls ja, welche?	230
Der Widerspruch zwischen der Sehnsucht nach Freiheit und der Sehnsucht nach Führung.	236
Macht, Machtwille und Machtmissbrauch	245
Gleichheit und Gerechtigkeit – Missverständnisse mit Folgen	252
5. Die deformierte westliche Gesellschaft.	266
Unbehagen, Erschöpfung, Demokratiemüdigkeit und Überforderung.	266
Medien und ihr gesellschaftlicher Einfluss – Vom investigativen Journalismus zur Manipulation.	281
Medien und Politik	287
Fernsehen – das manipulierende und manipulierte Medium.	289
Printmedien und Bücher – Verfall der Lesekultur	296
Internet – Fluch oder Segen?	301
Das Netz und die Gesellschaft	305
Der Cambridge Analytica-Skandal	308
Facebook, Google, Amazon – Der manipulierte, gesteuerte und abhängige Mensch.	311
Der Smartphone-Wahnsinn	322
Influencer, Follower, Liker, Livestreamer – Geht's noch seichter?	330
Populismus, Verschwörungstheorien, Querdenker und Trolle	339
Perversion, Missbrauch und Kriminalität im Internet	364
Political Correctness, Cancel Culture und Wokeness	368
Identitäre Bewegungen und Betroffenheitskultur	385
Gender-Hype.	402
Krieg der Geschlechter?	402
Gender(n)	405
Der Gleichheitswahn und seine Folgen.	412
Zwei Geschlechter – und falls nicht, wieviele?	433
Transsexualität und Diversität	444
Der Verfall von Bildung	462
Zunahme psychischer Störungen	476
Substanzmissbrauch und Süchte.	481
Ichbezogenheit (IchIchIch.com) und Körperkult	492
6. Das Problem Mensch.	509
Das Böse – Moralisch-ethische Fragen	509

Aggression, Gewalt und Krieg	515
Conditio humana – Der Unterschied zwischen Mensch und Tier . . .	531
Gewalt und Hass in der Gesellschaft	538
7. Demokratie in der Krise – Kann sie überleben?	555
Was am demokratischen Staatsmodell funktioniert nicht?	555
Das Versagen der Politik	568
Die schwierige Balance zwischen Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit	582
Individualisierung und Entsolidarisierung	593
Die Lustgesellschaft – Egoismus, Hedonismus, Konsum und ausufernde Gier	597
Kulturumbuch, Kulturwandel oder Kulturverfall?	621
Gesellschaft ohne Moral und Werte?	632
8. Gibt es Auswege?	645
Verfassungsreform und Reform politischer Strukturen	665
Versagen des politischen Systems und inkompetente Politiker	668
Solidarität vor Egoismus	674
Soziale Sicherheit	678
Mehr Gerechtigkeit	679
Aktienmärkte und Börsen	683
Dringend erforderliche Korrekturen in systemrelevanten Bereichen	684
Betriebliche Mitbestimmung	686
Rückbau unvernünftiger Privatisierungen	686
Reparatur des Bildungssystems	687
Korrektur falscher politischer Entscheidungen – Soziale Gerechtigkeit, Schlüsselindustrien, Abhängigkeiten vom Ausland	690
Umwelt- und Klimapolitik – Chaos und Absurditäten	691
Kontrolle des Internets und Bekämpfung seiner negativen Auswirkungen	701
Fazit	702
Dank	705
Bibliographie	706

Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.

Albert Einstein

Einleitung

In allen erdenklichen Staatsformen, auch in der Demokratie, wird Politik von Menschen betrieben. Ursprünglich vom altgriechischen Begriff Πολιτικά abstammend, wurde das lateinische *politiká* gebildet, was soviel bedeutet wie „die Dinge, die die Stadt betreffen“. Die Angelegenheiten des Zusammenlebens vieler Menschen innerhalb eines Gemeinwesens müssen geregelt werden. Dazu wird eine Autorität benötigt, eine Macht, die Entscheidungen fällt, die für das Miteinander zu treffen sind und sie in Handlungen umzusetzen legitimiert wird. Diese Autorität wird in den heutigen Demokratien, die als „funktionierend“ eingestuft werden, von gewählten Regierungen und Instanzen ausgeübt.

In den öffentlichen Wahrnehmungen und Debatten wird der Mensch im allgemeinen als vernünftiges, kluges Wesen betrachtet. Wäre der Mensch in der Tat durch und durch vernünftig, würde er stets sachgemäß und rational handeln; dann wäre diese Welt mit Sicherheit ein besserer Ort als dies seit Urzeiten tatsächlich der Fall ist. Menschen sind nämlich bei genauem Hinsehen keineswegs (nur) vernünftige Lebewesen. Zwar ist der Mensch vernunftbegabt und handelt in vielen Situationen erfolgreich bei der Bewältigung von Problemen, weshalb der Gattung Mensch (*homo*) auch die Bezeichnung *homo sapiens* (verstehender, gescheiter, weiser Mensch) verliehen wurde. Im Stammbaum der Evolution gehört der Mensch zu den Menschenaffen (Primaten) und höheren Säugetieren. Jedoch gerät die tierische Natur des Menschen in der öffentlichen Debatte vollständig aus dem Blick. Es ist die natürliche Grundlage aller animalischen Lebensformen auf diesem Planeten, dass Triebe der energetische Kern der Lebenserhaltung und Sicherung der Fortpflanzung sind. Auch der Mensch ist ein Tier und als solches von Motiven *angetrieben*, die sich nicht mit kühlem, rationalem Denken vereinbaren lassen. Gefühle speisen sich aus Lust- oder

Unlustempfindungen, die auf Triebbefriedigungen oder -frustrationen basieren. Motive, bestimmte Handlungen durchzuführen oder sie zu unterlassen, setzen sich beim Menschen untrennbar aus solchen tiefsitzenden Gefühlslagen und kognitiven, also verstandesbezogenen, denkenden Anteilen zusammen.

Es ist ein ewiger Konflikt des Menschen, seine tierischen Anteile mit seinen Verstandesmöglichkeiten unter einen Hut zu bringen. Das soziale Zusammenleben mit anderen erforderte von ihm seit der Urhorde und der frühen Stammesgemeinschaft bis hin zu den heutigen modernen Staatsgebilden eine Zivilisierung seiner triebhaft-egoistischen Natur, einen zeitweiligen „Triebverzicht“, da nur so ein geordnetes und friedvolles Miteinander in der Gesellschaft möglich ist. Die Zivilisierung und Entwicklung einer Kultur des Zusammenlebens kann aber nur erfolgen, wenn der Mensch seine individuellen Begierden nicht permanent egoistisch oder sofort befriedigt. Dazu bedarf es eines komplexen Zusammenwirkens biologischer und sozialer Einflussfaktoren von früher Kindheit an. Die Charakter- oder Persönlichkeitsentwicklung des Menschen ist ein hochkomplexer Prozess spätestens vom Tag der Geburt an. Niemand kommt mit einem bestimmten Charakter auf die Welt, dafür gibt es keine Gene. Das Gehirn des Menschen entwickelt sich in atemberaubendem Tempo in den frühen Lebensmonaten und -jahren, indem es alle Eindrücke mit seiner unmittelbaren Umgebung aufsaugt wie ein trockener Schwamm die Flüssigkeit. Alle Wahrnehmungen und Eindrücke sind vom Beginn des Lebens an ein Gemisch aus kognitiven und emotionalen Anteilen. Die Integrationsleistung von animalischen, egoistischen Antrieben und verstandesbezogenem, rationalem Denken ist eine der am schwierigsten zu bewältigenden Aufgaben im menschlichen Leben. Sie ist für die Existenz in einer sozialer Gemeinschaft allerdings entscheidend und die Basis für die Entwicklung einer gemeinschaftlichen Ethik, der gemeinsame Wertvorstellungen zugrundeliegen.

Die Demokratie fusst in entscheidendem Ausmaß auf dem Prinzip der menschlichen Freiheit. Um diese in einer Gemeinschaft der vielen nicht zu missbrauchen, ist es unumgänglich, dass es Gesetze und Grenzen der Freiheit gibt, die egoistisch-solipsistisches Handeln eingrenzen und das gemeinschaftliche Leben ermöglichen und regeln. Aufgrund früher ungünstiger, belastender sozialer und psychologischer Lebensbedingungen entwickelt aber nicht jeder Mensch einen ethisch-verantwortungsvollen Charakter. Wenn nun noch hinzukommt, dass Demokratien ihren Bürgern einen sehr großen Spielraum für Freiheit gewähren, gehen sie von einem abstrakten, durchschnittlichen, vernünftigen oder „mündigen“ Bürger aus. Unglücklicherweise aber werden die hierfür erforderlichen ethisch-moralischen Voraussetzungen von vielen nicht erfüllt, was dann zum Missbrauch von gesellschaftlich gewährten Freiheiten führt wie beispielsweise Betrug,

Verrat oder Gewalt. Alle modernen Demokratien leiden unter einem Widerspruch, den ihre Philosophie in sich trägt. Das grundlegende Prinzip der Freiheit räumt nicht nur vernünftigen und verantwortungsvollen Individuen Freiräume für die Entfaltung ihrer individuellen Bedürfnisse ein, sondern allen und damit auch weniger verantwortungsvollen Menschen. Politikern und Regierungen werden von den zu Wahlen berechtigten Bürgern Machtbefugnisse verliehen, die Entscheidungen zum Wohle der sozialen Gemeinschaft treffen sollen. Beide Seiten setzen sich aus menschlichen Individuen zusammen, den gewählten Politikern und Regierungen auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite. Da nun die unhinterfragte Annahme ist, in der Demokratie ginge es überall und immer mit Vernunft und Verstand zu, wird man angesichts der Korruptierbarkeit und der menschlichen Unzulänglichkeiten auf der politischen Machtseite genauso enttäuscht werden wie auf der der regierten Bürger, von denen ein nicht zu unterschätzender Teil sich weder für andere Menschen interessiert und somit weder verantwortungsvoll noch solidarisch handelt.

Wie ein Heiligtum wird die Freiheit des Individuums stolz als *die* Erlungenschaft der modernen Demokratie angesehen. Nun hat sich in den westlichen Demokratien aber über Jahrzehnte hinweg, maßgeblich gestützt durch den entstandenen wirtschaftlichen Wohlstand, ein sich immer weiter verstärkender Trend zur Individualisierung ergeben, der zwangsläufig mit dem notwendigen Ausmaß an Solidarität in einer großen sozialen Gemeinschaft kollidiert. Auf dieser Grundlage haben sich in den modernen Überflussesgesellschaften individualistische Tendenzen ergeben, die dem demokratisch-solidarischen Prinzip entgegenstehen. Diese „Singularitäts“-Bewegung fördert zahlreiche egoistische, triebhaft bedingte menschliche Urgründe zutage. Es seien nur die moderne Vergnügungssucht, die sich in vielfältigsten Formen ausdrückt, eine immer weiter zunehmende Abhängigkeit von gefährlichen Substanzen, die Gewaltzunahme unter Jugendlichen oder eine ganz allgemein zunehmende Konsumsucht genannt. Es handelt sich dabei zwar lediglich um Symptome an der Oberfläche, darunter jedoch muss der Rückzug auf egoistisch-narzisstische Motive gesehen werden. Egoistische und selbstbezogene Denk- und Handlungsweisen führen zwangsläufig zu Ungleichheiten – viele bedienen sich am gemeinsamen Kuchen ohne Rücksicht auf andere. Dies wiederum führt zu einem allgemeinen Empfinden von Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Zu weit gewährte und nicht kontrollierte oder nicht eingehegte Freiheiten ermöglichen zu vielen den Missbrauch von Freiräumen aufgrund ihrer Zugangsmöglichkeiten zu Machtbefugnissen, was eine Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft zur Folge hat und im Weiteren zur Abwendung vom demokratischen Staat und dem Glauben an Gleichheit und Gerechtigkeit führt. Demokratien benötigen daher essenziell eine von politischer Seite

wohlwollende Eingrenzung individueller Freiräume und Kontrolle destruktiver, der demokratischen Gemeinschaft abträglicher Intentionen und Handlungen einzelner, die über Machtbefugnisse verfügen, sich Freiheiten auf Kosten der Gemeinschaft herauszunehmen.

Demokratien sind keine Selbstläufer, im Gegenteil müssen sie geschützt werden. Sie stellen in der Geschichte der Zivilisation die bis heute menschenwürdigste Staatsform dar, deshalb müssen das Bewusstsein und politische Schutzmaßnahmen den zersetzenden Kräften entgegengesetzt werden.

Die europäische Demokratie ist zum kleinsten Teil eine Entfesselung von Kräften. Vor allem ist sie eine Entfesselung von Faulheiten, von Müdigkeiten, von Schwächen.

Friedrich Nietzsche

Niemand würde sagen, dass die Demokratie perfekt oder allwissend wäre. Tatsächlich ist die Demokratie die schlechteste Staatsform, ausgenommen aller anderen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert wurden.

Sir Winston Leonhard Spencer-Churchill

1 Die Krise der westlichen Demokratien

Zerfallerscheinungen der Staatsform Demokratie

Die Stimmen mehren sich und werden immer lauter: Die Demokratie als Staatsform sei „im Sinkflug“ oder „im Wanken“. Zumindest sei sie in einer schweren Krise, einer Krise, wie sie sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt habe. Es wird von Auflösungserscheinungen und Erosion gesprochen und davon, ob eine Rettung der Demokratie überhaupt noch möglich sei und falls doch, in welcher Form.¹⁻⁵ Wie konnte es dazu kommen?

Die Krise der westlichen Demokratien wurde immer deutlicher seit dem Beginn dieses neuen Millenniums. Ihr weltweiter Erfolg wurzelt in keinem Merkmal so deutlich wie in ihren wirtschaftlichen Errungenschaften und dem damit einhergehenden Wohlstand. Das Ende des Kalten Krieges 1989/1990 führte noch einmal zu einem weltweiten Aufatmen und wirtschaftlichem Wachstum, bis dann ab der Jahrtausendwende der islamistische Terror, die weltweite Finanzkrise, die Massmigration von Bewohnern aus krisengeschüttelten Ländern, die exponentiell wachsende Globalisierung, die Digitalisierung, die Klimakrise, die Handhabung einer unerwarteten Pandemie und nun eine neuer heißer Kalter Krieg die Welt veränderten.

Die krisenhaften Entwicklungen der westlichen Demokratien sind vielfältiger Art. Sie zeigen sich in der zunehmenden Unzufriedenheit von Bürgern und ihrer abnehmenden Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen bzw. ihrer wachsenden Neigung, radikale Parteien zu wählen. Sie zeigen sich im zunehmenden Populismus, in einer wachsenden illiberalen öffentlichen Meinung, einem „Demokratiemüdigkeitssyndrom“, das durch die Schwäche der repräsentativen Demokratie verursacht wird.⁶ Sie zeigen sich überdeutlich in einer Gewaltbereitschaft und Verrohung in Teilen der Bevölkerung, die sich in Form von radikalen Protesten gegen politische Entscheidungen auf den Straßen oder im Internet artikulieren oder, genauer bezeichnet, austoben. Sie zeigen sich auch in Handlungsblockaden der Politik, die sich aus Ängsten der Politik speisen⁷, für dringend notwendige, einschneidende Reformen vom Wähler – wie im Falle von Kanzler Schröders Agenda 2010 – sogar von der eigenen Partei abgestraft zu werden. „Wer die Reform wagt, den bestraft die Partei“ führt der frühere Präsident des Münchner *ifo-Instituts* Werner Sinn in seiner Abschiedsvorlesung aus.⁸ Im Dienste des eigenen Machterhalts werden dringend notwendige Reformen auf die lange Bank geschoben oder schlicht „ausgesessen“.

Reformen in der Demokratie scheinen kaum noch realisierbar. Erworbene Privilegien werden mit Zähnen und Klauen verteidigt, ungeachtet objektiver ökonomischer oder anderer Krisen. Ein plastisches Beispiel liefern die heftigen Proteste der Gelbwestenbewegung in Frankreich in 2018 und 2019, die zum Teil zu gewalttätigen Massendemonstrationen gegen die von Präsident Macron geplante höhere Besteuerung fossiler Kraftstoffe führten; eine Bewegung, die sich dann sogar noch dazu verstieg, u. a. eine Senkung aller Steuern, die Anhebung des Mindestlohns und der Renten zu verlangen. Und das in einem Land, in dem das Renteneintrittsalter im Jahre 2018 bei 62 Jahren (zum Vergleich Deutschland: 66 Jahre) und die Zahl der Beitragsjahre bei 41,5 Jahren für eine volle Rentenzahlung lag (zum Vergleich Deutschland: 45 Jahre).

Das Aufblühen von Staatsformen westlicher Provenienz nach dem Zweiten Weltkrieg war gekennzeichnet durch die Vorbilder einer handvoll Staaten wie zum Beispiel den USA oder Großbritannien. Gewaltenteilung, Wahlen und freie Meinungsäußerung waren die Eckpfeiler solcher staatlicher Gemeinwesen und beförderten eine Liberalisierungs- und Emanzipationsbewegung ohne geschichtliches Beispiel. Die durch den Krieg angeordneten Zerstörungen führten zu einem beispiellosen Wirtschaftsboom, ganz besonders in Deutschland. Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ – das auch in anderen europäischen Staaten und den USA stattfand, wenn auch nicht in vergleichbarem Ausmaß wie in Deutschland – führte vor dem Hintergrund der individuellen Freiheit zu Gründungen und geschäftlichen Initiativen, was die Beförderung eines durchschnittlichen gesellschaftlichen

materiellen Wohstands bis weit in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein ermöglichte. Das abgeflachte Wirtschaftswachstum mit zunehmender Arbeitslosigkeit wurde in den nächsten 15 Jahren durch das Ende des Kalten Krieges 1989/1990 und die dadurch bedingte Neuordnung der Welt vorerst beendet.

„Die hoffnungsvollen Erwartungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung, die viele seit dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 in den westlichen Ländern gehegt haben, (wurden) ganz grundsätzlich enttäuscht oder zumindest relativiert. Die Erwartungen erwiesen sich als Illusionen, das Ergebnis ist *Desillusionierung*. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für die westlichen Gesellschaften insgesamt – und in mancher Hinsicht sogar darüber hinaus für die Weltgesellschaft.“⁹

Die Erwartung, dass es eine bessere, friedlichere Welt geben würde, wurde herb enttäuscht. Das neue Jahrtausend brachte eine Form internationalen Terrors bisher nicht bekannten Ausmaßes, vor allem in die westliche Welt. Die Finanzkrise 2008 – entscheidend bedingt durch den Zusammenbruch der Immobilienblase in den USA – wurde verursacht durch Banken, die Schlupflöcher bei nichtregulierten Banken im Ausland nutzten und billiges Geld an Menschen mit geringerem Einkommen verliehen, so dass deren Traum vom Eigenheim zu einer riesigen Immobilienblase führte. Diese risikanten Geldgeschäfte versuchten die Banken durch die Vergabe von Wertpapieren zu bündeln, um sie weltweit zu verkaufen.

Der internationale islamistische Terror, die internationale Finanzkrise, die beschleunigte Globalisierung mit ihrer einhergehenden Verantwortungsabgabe zentraler Funktionen des demokratischen Staates an supranationale Behörden wie zum Beispiel die *EZB*, den *IWF* oder die *EU*, die wachsende Unzufriedenheit mit der *EU*, die Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung durch die Debatte um die Klimakrise, der dadurch befeuerte Protest der jungen Generation gegen den Umweltraubbau, der aufkommende neue Nationalismus mit seiner internationalen Entsolidarisierung, das Bröckeln der *EU*, manifestiert im Brexit und nicht zuletzt die Trump-Wahl bewirkten eine große Verunsicherung der Bürger in der westlichen Welt.

Das Misstrauen in den Staat wuchs in dem Maße, in dem die genannten Krisen die westlichen Demokratien erschütterten. Größere Teile der Bevölkerung wandten sich vom Staat ab und radikalisierten sich in rechtsextremen Parteien oder resignierten schlicht, was sich u. a. in rapide sinkenden Wahlbeteiligungsraten ausdrückt. Das Internet ermöglicht über diverse Plattformen, seinem Frust und Hass auf die Politik und die gesellschaftli-

chen Verhältnisse weitgehend anonym freien Lauf zu lassen und trägt so zu Verunsicherungen und gesellschaftlichen Zerwürfnissen bei.

Es wäre eine fatale Fehleinschätzung, den sich artikulierenden Hass im Internet und die auf den Straßen eskalierenden Gewalttätigkeiten alleine aktuellen politischen Entscheidungen oder Entwicklungen (etwa Unmut auslösenden Maßnahmen wegen der Corona-Pandemie) zuzuschreiben. Diese archaisch-destruktiven Neigungen waren immer da. Sie gehören zur anthropologischen Ausstattung. Unter bestimmten Umständen eskalieren diese „abgründigen“ destruktiven Anteile und brechen sich Bahn. Und zwar immer dann, wenn sich Individuen existenziell bedroht fühlen und keinen ausreichenden Halt verspüren. Dies gilt aber nicht zwangsläufig für jedes menschliche Individuum. Die Möglichkeit des Auslebens prinzipiell destruktiv-aggressiven Verhaltens in seinen schlimmsten vorstellbaren Formen ist nicht naturgegeben oder erbbiologisch vorgegeben. Zwar ist ein potenziell aggressives und egoistisches Erleben und Verhalten anlagebedingter Teil unserer Natur, seine Entartung in sadistisch-aggressive, zerstörerische Formen jedoch ist ausschließlich entwicklungsbedingt. Die Entwicklung des Grundcharakters – die Psychoanalyse spricht von der Grundpersönlichkeit – wird von der Geburt an entscheidend geprägt durch die Qualität der frühen Beziehungen mit dem primär-familiären Umfeld. Die Entwicklung von Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Selbstwert geht Hand in Hand mit der Qualität der Ich-Entwicklung. Ein starkes Ich führt zur Ausbildung von Selbstvertrauen, von Sicherheit in Beziehungen zu anderen und erlaubt eine aktive, kompetente und belastbare Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gestörte und belastete familiäre und soziale Umgebungsbedingungen, mangelnde Liebe oder fehlende Grenzsetzungen dagegen machen eine stabile Persönlichkeitsentwicklung des Kindes unwahrscheinlich, zumindest hinterlassen sie Spuren, die sich im weiteren Leben in Krisenlagen ungünstig für das Individuum oder andere auswirken. Es kann belastende, bedrohliche Situationen (in der Beziehung zum Lebenspartner, am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft) nicht ertragen und „dekompensiert“. Eine solche psychische Dekompensation führt zur sogenannten Regression (Rückfall in längst überwunden geglaubte infantile Zustände) oder sogar zum vollständigen Zusammenbruch der gesamten psychischen Organisation mit entsprechenden Begleiterscheinungen: Das Individuum wird psychotisch – im wahrsten Sinne des Wortes verrückt –, es wird schwer depressiv und eventuell sogar suizidal, es entwickelt schwere Angstsymptome oder wird gewalttätig, greift zu schädlichen Substanzen wie Alkohol oder Drogen, um sich durch den benebelnden Einfluss in einen erleichterten Zustand zu versetzen, weil es sich den situativen Bedingungen schutzlos ausgeliefert fühlt und nicht über die Ressourcen zur Überwindung der persönlichen Krise verfügt.

Andere wiederum suchen in solchen Krisensituationen Halt in Sekten oder Gruppierungen, die Sicherheit und den Glauben an Lösungsmöglichkeiten bieten, die eine Aufgehobenheit suggerieren und die schmerzhaft erlebte Verlassenheit, Vereinzelung und Ohnmacht überwinden zu können versprechen. Die derzeit zunehmenden Radikalisierungen und Gewaltbereitschaften werden von Populisten und bestimmten politischen Gruppierungen für eigene Zwecke instrumentalisiert und in der Regel weiter angeheizt.

Es darf die Frage aufgeworfen werden, ob der Mensch im Allgemeinen überhaupt in der Lage ist, verantwortlich mit sich selbst, anderen und der Natur umzugehen. Immer wieder wird hervorgehoben, der Mensch sei ein rationales Wesen, ein „homo sapiens“, ein vernünftiges und weises Wesen, das aufgrund eines über die lange Evolutionszeit hinweg entwickelten, hochspezialisierten Gehirns über einen ausgereiften Verstand verfüge. Die Darstellungen in den Nachrichtensendungen oder Diskussionen in den Talkshows der öffentlich-rechtlichen Medien sind bemüht, auf der Basis betont sachlicher Berichterstattungen über allabendlich zu berichtende entsetzliche Natur- und menschliche Katastrophen, Kriege, Barbareien, Zerstörungen und Skandale auf der ganzen Welt oder in der unmittelbaren Nachbarschaft dennoch ein rational-vernünftiges Bild des Menschen zu vermitteln. Zu dem stehen die Ereignisse, über die berichtet wird, in krassem Gegensatz. Die Decke der Zivilisation ist extrem dünn. Unter ihr schlummern Abgründe archaisch-destruktiver, triebhafter und selbstsüchtiger Kräfte, die offenbar um jeden Preis in der Öffentlichkeit tabuisiert werden müssen, um sich selbst und anderen zu suggerieren, die Welt funktioniere nach geordneten, berechen- und beherrschbaren Maßstäben. Und immer wieder ist man zutiefst erstaunt und oftmals erzürnt, wenn man mit anscheinend unfassbarem Versagen vermeintlich rationaler politischer Instanzen oder dem von verantwortungstragenden Personen konfrontiert ist, sei es in der europäischen Verteidigungs-, Finanz-, Energie-, Migrations-, Gesundheits- oder Umweltpolitik, wie man sie z. B. in Zeiten der Corona-Krise im Versagen politischer Instanzen erleben musste, oder sei es, wie mit staatlichen Geldern umgegangen wird, die in unerklärlichen bürokratischen Kanälen oder in unsinnigen, weil ineffektiven, Projekten mit der Großindustrie bzw. obskuren Beratungsfirmen verschwinden (was allerdings nicht nur ein Merkmal westlicher Demokratien ist).

Immer geht es – oberflächlich – um Interessen politischer Instanzen, hinter denen jedoch stets krass-egoistische Interessen einzelner bzw. politischer Parteien, Interessengruppen oder schlicht menschliche Inkompetenz stecken. Die Demokratiemüdigkeit, die sich hinter den zunehmend gewaltsamen „Demonstrationen“, dem Aufkommen populistischen Gedankenguts und nachlassender Wahlbeteiligung verbirgt, wird durch den

Eindruck in der Bevölkerung genährt, die politische Klasse wolle sich lediglich ihre Mandate und Ämter erhalten, sei selbstbezogen motiviert und nur an Macht, Posten, Geld und Status interessiert.¹⁰ Der Staat werde lediglich für Steuereinnahmen gebraucht.¹¹

Der griechische Philosoph Platon als einer der bedeutendsten Philosophen aller Zeiten lässt in seinem epochalen Werk *Politeia (Der Staat)* den Philosophen Sokrates im Gespräch mit seinen Gesprächspartnern von der *Aristokratie* als der besten Staatsform sprechen. Platon wurde in den Peleponnesischen Krieg hineingeboren und war als Kind seiner Zeit davon überzeugt, dass die Niederlage Athens nach 27 Jahren Krieg der Staatsform Demokratie zuzuschreiben war. Er favorisierte die Aristokratie vor allen anderen, stammte er doch schließlich ebenfalls aus einer aristokratischen Familie. Er war der Überzeugung, dass in der Aristokratie die Staatslenkung durch eine qualifizierte Elite erfolgen müsse („Herrschaft der Besten“ und fähigsten Bürger). Gerechte Menschen mit edlem Charakter seien in der Regierung vertreten, die ausschließlich nach vernünftigen Kriterien handelten. In der *Timokratie* seien Unqualifizierte in Regierungsämter gelangt, was zur Zersetzung und zum Zerfall des Staates führe. Die *Oligarchie* schließlich sei die Staatsform, in der wenige herrschten. Oberstes Prinzip in ihr sei der Grundsatz, Geld anzuhäufen, was zu zügellos im Luxus aufwachsenden jungen Generationen führe. Das gesellschaftliche Klima werde beherrscht von einer triebhaften, begehrenden Mentalität, von ungehemmtem Besitzstreben, was nur scheinbar durch die oligarchische Herrschaft unterdrückt werde. Der Übergang von einer *Oligarchie* in die Staatsform der *Demokratie* erfolge schließlich durch einen Umsturz aufgrund der zunehmenden Verarmung von weiten Teilen der Bevölkerung und der sich daraus ergebenden schweren Spannungen. In der neuen Staatsform Demokratie herrsche eine große Liberalität, was irgendwann ebenfalls zum Verfall und zum Untergang führe, weil die großen Freiheiten dazu verleiteten, dass die schlechten triebhaften und zügellosen Seiten des Menschen hervorträten wie ausgelassener Frevelmut, Zügellosigkeit, Liederlichkeit und Schamlosigkeit.¹²

Auch der Untergang der Demokratie sei aufgrund der zu großzügig gewährten Freiheiten zwangsläufig. Zusammengefasst ist Platons Gedankengang in der *Politeia* wie folgt:

„Der demokratische Bürger ist nicht gewillt, eine Autorität über sich anzuerkennen. Die Regierenden schmeicheln dem Volk. Niemand ist bereit sich unterzuordnen. Ausländer sind den Stadtbürgern gleichberechtigt, Kinder gehorchen nicht, sie respektieren weder Eltern noch Lehrer, und sogar Pferde und Esel schreiten frei und stolz einher und erwarten, dass man ihnen aus dem Weg geht.“

Dieser Zustand der höchsten Freiheit schlägt schließlich in die härteste Knechtschaft um. Den Ausgangspunkt der Wende bildet der Gegensatz zwischen Armen und Reichen, der weiterhin besteht, aber nun nicht mehr wie in der Oligarchie von der herrschenden Doktrin legitimiert wird. Die Vermögensunterschiede stehen im Gegensatz zum demokratischen Gleichheitsdenken. Die Masse der relativ Armen ist sich ihrer Macht im demokratischen Staat bewusst. Gern folgt sie einem *Agitator*, der eine Umverteilung des Reichtums fordert, die Reichen einer oligarchischen Gesinnung beschuldigt und entschlossene Anhänger um sich scharft. Dadurch sehen sich die Besitzenden bedroht, sie beginnen tatsächlich oligarchische Neigungen zu entwickeln und trachten dem Agitator nach dem Leben. Dieser lässt sich nun zu seinem Schutz vom Volk eine Leibwache bewilligen, womit er sich eine Machtbasis verschafft. Die Reichen fliehen oder werden umgebracht. Der Weg zur Alleinherrschaft des Agitators, der nun zum *Tyrannen* wird, ist frei.

In der Anfangsphase seiner Herrschaft tritt der Tyrann volksfreundlich auf. Er verhält sich milde, erlässt Schulden, verteilt konfisziertes Land und belohnt seine Anhänger. Nachdem er seine Herrschaft stabilisiert und einige Gegner beseitigt hat, ist sein nächster Schritt, einen Krieg zu beginnen. Damit lenkt er die Aufmerksamkeit auf einen äußeren Feind, demonstriert seine Unentbehrlichkeit als Befehlshaber und verhindert, dass sich eine Opposition gegen ihn formiert. Mögliche Gegner räumt er aus dem Weg, indem er sie an die Front schickt. Jeder Tüchtige, ob Freund oder Feind, erscheint ihm als Gefahr, die beseitigt werden muss.¹³

Auf eine verblüffende Weise trifft diese Darstellung des Agitators (besser: Diktators) auf die aktuelle, bedrohliche Ost-West-Krise zu. Die Gedanken Platons, die er in seinem Werk *Politeia* dem Philosophen Sokrates in den Mund legt, erinnern ebenfalls fatal an die Entwicklung der *Weimarer Demokratie* in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, an ihren Zerfall und die Machtübernahme durch den 1933 nachfolgenden Tyrannen Hitler. Frappierend Platons Erkenntnis (bereits 400 vor Christus!) des Zusammenhangs zwischen zu großer Freiheit für die Menschen – wie sie für die extrem liberalen Demokratien und ihre ausufernd egoistischen Ausschweifungen typisch ist – und dem nachfolgenden Ruf nach dem starken Mann, was letztlich zum Untergang des Staates führt. Aktuell kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Wahl von Donald Trump in 2016 von breiten Volksmassen getragen wurde, die sich von den liberalen Intellektuellen und Profiteuren abgehängt und verachtet fühlten – und auch heute

noch, nach der Abwahl Trumps, einen weiterhin bedrohlichen Sprengsatz für den US-amerikanischen Staat darstellen. Auch wenn Trump wohl nicht im eigentlichen Sinne als „Tyranne“ bezeichnet werden kann, so erfüllte er doch alle vier Kriterien des *Autokraten-Lackmustests*¹⁴: 1. schwache Zustimmung zu demokratischen Spielregeln, 2. politischen Gegnern deren Legitimität absprechen, 3. Tolerierung oder Ermutigung zur Gewalt (Kapitolerstürmung Januar 2021) und 4. Bereitschaft, bürgerliche Freiheiten von Konkurrenten und Kritikern zu beschneiden. Es steht zu befürchten, dass der Trumpismus auch mit seiner Abwahl nicht überwunden ist und in Zukunft eine gewichtige Rolle in den USA spielen wird. Die Ursachen sind in den seit langer Zeit aufgebauten Ungerechtigkeiten wie beispielsweise dem weiterhin bestehenden krassen Rassismus und der Bereicherung etablierter Bevölkerungsschichten bei gleichzeitiger Verarmung und Verelendung der unteren sozialen Schichten zu suchen. Auch hier wirken Platons seinem Sokrates in den Mund gelegten Überlegungen prophetisch. Offenbar wiederholt sich Geschichte, ohne dass die Menschheit aus ihr lernt.

Die von den verschiedensten Philosophen, Geistes- und Geschichtswissenschaftlern zu den unterschiedlichsten Zeiten vorgenommenen Schlussfolgerungen konvergieren sämtlich, wenn die Problematik zu großer menschlicher Freiheit betrachtet wird. Fehlende gesetzliche und gesellschaftliche Begrenzungen werden von zu Vielen missbraucht. Eine zu große Liberalität führt zum Zerfall von Gemeinsinn und Solidarität. Sie führt unweigerlich dazu, dass sich archaische Bestrebungen bei solchen Individuen Bahn brechen, die nicht über eine gereifte, mit sozialen Werten ausgestattete Persönlichkeit verfügen.

Präzise ausgedrückt handelt es sich um egoistische (narzisstisch) motivierte, individualistische Macht- und Besitzstrebungen. Die Demokratie als staatliches System befördert den Individualismus und die Abwendung von einer solidarischen Gemeinschaft. Bereits Nietzsche sah im Individualismus eine Art des „Willens zur Macht“. Angestrebt werde eine individuelle Freiheit, dies sei allerdings eine Illusion, da es keine wirkliche Freiheit gebe.

„1. Die Individuen machen sich frei; 2. sie treten in Kampf, sie kommen über „Gleichheit der Rechte“ überein (- „Gerechtigkeit“ als Ziel -); 3. ist das erreicht, so treten die tatsächlichen *Ungleichheiten der Kraft* in eine *vergrößerte Wirkung* Jetzt organisieren sich die Einzelnen zu *Gruppen*; die Gruppen streben nach Vorrechten und nach Übergewicht. Der Kampf, in milderer Form, tobt von neuem.

Man will *Freiheit*, solange man noch nicht die Macht hat. Hat man

sie, will man Übermacht; erringt man sie nicht (ist man noch zu schwach zu ihr), will man *Gerechtigkeit*, d. h. *gleiche Macht*.“¹⁵.

Die als Säulenheiligen verehrten – und grundsätzlich in keiner Weise hinterfragten – Werte „Freiheit“ und „Individualismus“ in der Demokratie sind aus dieser Perspektive völlig unbewusste Größenfantasien nach Macht. Das Gefühl, nicht frei zu sein, hat stets den psychologischen Hintergrund eines Gefühls der Unterlegenheit, der Ungleichheit. Gerechtigkeitsstreben ist in diesem Sinne also der unbedingte Wille nach (mindestens) Gleichstellung. Völlig unabhängig vom tatsächlichen Leistungsvermögen und tatsächlich nicht gegebener Gleichheit, in welcher Hinsicht auch immer. Es gibt aber keine zwei gleichen Lebewesen auf der Welt. Jedes individuelle Lebewesen unterscheidet sich von jedem anderen in vielerlei Hinsicht. Bei den demokratischen Idealen Freiheit und der Gleichheit handelt es sich also um Schimären. Was nicht mitgedacht wird, ist die *Gleichwertigkeit* – nicht die *Gleichheit* – jedes Lebens und seiner *Würde*, sein gleiches Recht auf Existenz. Ein Recht auf Gleichheit oder z. B. „Glück“ aber kann es nie geben, weil die Welt zu keiner Zeit auf diesen Prinzipien beruhte und die Natur und die Welt nicht so konstruiert sind, die Wünsche des einzelnen zu erfüllen. Insofern können entsprechende ideologisch und politisch motivierte Propagierungen immer nur in die Irre führen. Sie führen zu unvermeidlichen Enttäuschungen zuvor geweckter falscher Erwartungen und im weiteren Gefolge in ihrer friedlichsten Variante zu Frustrationen und Unzufriedenheiten oder zu Aufständen und Gewalt im schlimmsten Fall.

Auch Otto von Bismarck sprach bereits am 15.02.1884 in einer Reichstagsrede vom Missbrauch des Begriffs „Freiheit“ und die dadurch geweckten falschen Hoffnungen.

„Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Missbrauch getrieben wird, als mit dem Wort „frei“. Ich traue dem Wort nicht, weil keiner die Freiheit für alle will; jeder will sie für sich ...“¹⁶.

Wenn die westlichen Demokratien also den Begriff „Freiheit“ als wichtigste Monstranz ihrer Staatsform vor sich hertragen, dann verstehen – wie wir seit etlichen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgen können – die Bürger mehrheitlich „Freizeit“. Dies liegt in erster Linie an dem mangelnden tieferen Verständnis der Politik bezüglich der den menschlichen Motiven und Strebungen zugrundeliegenden psychologischen Möglichkeiten und Beweggründe sowie einem von der Politik (wenn auch unbewusst), gleichwohl gezielt eingesetzten falschen Freiheitsbegriff, der gerne dies archaischen Nöte und Bedürfnisse für eigene Zwecke zu instrumentalisieren trachtet.

Was die derzeitige Politik zum Beispiel in Deutschland nicht versteht, ist, dass eine freie Staatsform wie die Demokratie stets aktiv geschützt werden muss. Demokratie ist kein Selbstläufer. Hier handelt es sich um ein liberales Missverständnis. Liberalität kann nicht so weit gehen, dass sie überhaupt keine oder zu geringe Grenzen setzt, weil sie die Grenzenlosigkeit missbrauchenden Kräfte so geradezu einlädt. Das immer extremer ausufernde materialistische Denken scheint hoch positiv korreliert zu sein mit dem Verfall von immateriellen Werten. Der liberale Fortschrittsoptimismus nach dem Ende des Faschismus und des Holocaust befeuerte den Wiederaufbau und dadurch die Entstehung von Wohlstandsgesellschaften mit ihren Visionen einer perfekten industriell-technischen Modernität.

„Es ist aufschlussreich, sich diese Konjunkturen gesellschaftlicher Fortschrittsdiskurse der Vergangenheit vor Augen zu führen. Der historische Blick relativiert manches – sowohl das blinde Vertrauen in eine widerspruchsfreie Progressivität der Entwicklung als auch die defätistische Katastrophenstimmung, die immer wieder darauf folgte. Aktuell prägt jedenfalls das Genre der *Dystopie* das Feld. Die Enttäuschung über den begrenzten Realitätsgehalt des liberalen Fortschrittsideals ist offenbar bei manchen so groß, dass man nun, angetrieben von heftigen Emotionen wie Wut oder Trauer, dazu tendiert, ins andere Extrem zu fallen.“¹⁷

Beide Extreme muten naiv und unreif an. In der Tat kann man heute beobachten, wie eine breite Bevölkerung auf eine frappierende Weise Wirklichkeitsflucht begeht. Oft handelt es sich um absurdeste und obskure Verschwörungstheorien, mit denen aktuell zum Beispiel die Corona-Virus-Pandemie versucht wird zu erklären. Trotz der heute verfügbaren besten Informationsmöglichkeiten wabern in der Öffentlichkeit die wildesten Theorien über alles mögliche herum. Oder gerade wegen der Informationsflut? Der ganz offensichtliche Rückzug von Verstand und Realitätsbezogenheit ist erschreckend.

Nie war die Infantilisierung der Gesellschaft so groß wie derzeit. Bereits in den 70er bis 80er Jahren des letzten Jahrhunderts tauchten die ersten kritischen Stimmen auf, die vor der Zunahme eines kindlichen, unreifen Amusements in der Wohlstandsgesellschaft warnten.¹⁸ Die Spielsucht in der Bevölkerung hat gegenwärtig, begünstigt durch das Internet (Dadeldel-, Kampfspiele und Wetten) und aufgrund politischer Liberalisierung, ein explosionsartiges Anwachsen der Glücksspielhallen, riesige Zuwächse zu verzeichnen.¹⁹ Diese Flucht weiter Teile der Gesellschaft aus der Realität in eine kindliche Fantasiewelt, in eine Infantilisierung, zeigt sich nicht nur in rapide zunehmender Spielsucht und anderen Süchten, sondern seit

geraumer Zeit auch in boomenden Fantasy-Filmen. Streamingdienste und Mediatheken von Fernsehsendern sowie Internetplattformen bieten Fantasy-Filme mit Monstern, Prinzessinnen, Zauberern, Aliens und kämpfenden Rittern im Weltall oder auf Erden an und machen Filme und Serien jederzeit verfügbar. Alleine von Harry Potter-Büchern wurden bis dato fast 500 Millionen verkauft, alle bisherigen Filme haben bislang 400 bis 500 Milliarden Euro Brutto-Einnahmen erwirtschaftet; dabei sind Umsätze anderer Fantasy-Bücher und -Filme wie „Der Herr der Ringe“ oder „Star Wars“ noch gar nicht miteingerechnet.

Zum einen zeigen diese Zahlen die allgemein weite Verbreitung eines kindlichen Gemüts in der Bevölkerung, andererseits eine Zunahme infantiler Reaktionen aufgrund einer Flucht aus der Realität in einer sich rapide globalisierenden, unübersichtlichen, reizüberfluteten Welt, die Ängste und Verunsicherung für weite Teile der Bevölkerung mit sich bringt. Je mehr staatliche Regulierung wegfällt, je mehr die Institution Kirche aufgrund ihrer Reformunwilligkeit, Selbstgefälligkeit und Unfähigkeit, die Verbrechen von Priestern an Kindern aufzuarbeiten, versagt, desto weniger äußerer Halt ist für Menschen gegeben, die in sich selbst nicht über ausreichend Halt verfügen. Freud war kein Freund der Religion oder Religiosität, aber er warnte bereits 1910 davor, welches psychische Elend ausbrechen würde, wenn irgendwann die Religion wegfiel, da sie die Funktion eines inneren Halts erfülle. Für viele Menschen bedarf es eines äußeren Halts durch Regelungen, Ge- und Verbote, da sie nicht über einen ausreichenden inneren, eigenen Halt verfügen. Wenn äußere Strukturen wegfallen, kann bei Vielen eine – im wahrsten Sinne des Wortes – „Haltlosigkeit“ entstehen, eben weil die erforderliche eigene Struktur fehlt. Ohne solche Orientierungen fühlen sie sich verlassen und verloren, können sich nicht auf sich selbst verlassen, sie können das Leben mit all seinen Anforderungen nicht selbstständig bewältigen. Die Psychoanalyse spricht von Regression in frühe kindliche Entwicklungsabschnitte der eigenen Persönlichkeitsentwicklung, die scheinbar Halt bieten. Diese Flucht aus der realen Welt, die erwachsenes Handeln erfordert, führt zu kindlicher Hilflosigkeit und kann zu Depression, Spielsucht oder Substanzmissbrauch führen; oder sie treibt Haltsuchende in die Arme von Sekten und radikalen Bewegungen, die Errettung oder Lösungen versprechen.

Die nicht mehr existente klassische Industriegesellschaft wurde verdrängt von der sogenannten *Postmoderne* (grob geschätzt von 1980 bis 2000), mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen, was die Arbeits- und Einkommenswelt betrifft. Inzwischen wurde auch sie bereits von der „Hypermoderne“, die auch als „Spätmoderne“ tituiert wird (gekennzeichnet durch Smartphones und social media), abgelöst.²⁰ Diese sogenannte *Spätmoderne* ist extrem geprägt von einem narzisstischen Menschenbild. In ihr

wird überdurchschnittliche Leistung erwartet, sie gaukelt den Menschen eine Perfektion vor, die dann zum Maßstab wird, Durchschnitt reicht längst nicht mehr. Ein solcher Anspruch an das Individuum überfordert nicht nur menschliche Kräfte, er schafft zusätzlich Konkurrenzsituationen. Neid, Missgunst und Ellbogenmentalität; Entsolidarisierung und Vereinzelung sind die Folgen, die Gesellschaft wird zusehends vergiftet.

„Plakativ gesagt, erweist sich die Spätmoderne damit als eine äußerst ambitionierte Gesellschaftsform, in der nicht mehr der Durchschnitt genügt, sondern von den Individuen, Dingen, Ereignissen erwartet wird, dass sie diesen Durchschnitt hinter sich lassen. Erst die Singularisierung des Sozialen verspricht Befriedigung, Prestige und Identifikationskraft, erst sie macht die Menschen und die Welt aus Sicht der spätmodernen Kultur *wertvoll*. Die Transformation von der Gesellschaft der Gleichen zur Gesellschaft der Singularitäten hat dabei mehrere Ursachen: Der ökonomische Strukturwandel vom industriellen zum kognitiv-kulturellen Kapitalismus, die technologische Revolution der Digitalisierung, schließlich der soziokulturelle Prozess, in dem eine neue, urbane Mittelklasse von hochqualifizierten, an Selbstentfaltung und individuellem Prestige orientierten Akademikern zum neuen Leitmilieu der Gesellschaft avanciert, stellen sich als die wichtigsten heraus.“²¹

Die Kehrseite der Medaille sind diejenigen, die nicht diesem neuen Ideal entsprechen können. Diejenigen, die zurückgelassen werden, die – gemessen am Menschenbild der Spätmoderne – nicht zu den „Wertvollen“ zählen, sie müssen sich zwangsläufig zu den „Wertlosen“ zählen. Hier ist vermutlich die größte Antriebskraft für die sogenannten «Wutbürger» zu suchen, die den Hass in die Internetforen und auf die Straßen tragen. Als Verlierer und Entwertete auf der Strecke der Hyperleistungsgesellschaft zurückzubleiben oder gänzlich verloren gegangen zu sein, trägt ein ungeheures Kränkungs potenzial in sich, das sich in explosionsartiger Gewaltentladung radikalierter Zusammenrottungen oder in depressivem Rückzug von der Realität und Entsolidarisierung seit der Postmoderne ausdrückt.

„Die Freiheit, zu leben, wie man will, stets zu tun, was einem paßt – das ist auch dem liberalen Denken der Postmoderne wesenseigen, die andererseits noch keine politische Orientierung bietet, wie sie die Demokratie in der modernen Bewegung gespielt hat. Der Citizen verläßt die politische Bühne. Er privatisiert sich und seine Freiheit. Freiheitliches Denken ist nicht mehr staatsorientiert, sondern selbstbezogen. Die Entwicklung trifft alle westlichen Gesellschaften.

Deutschland in seiner Mittellage besonders, und sie wird noch durch besondere Abhängigkeit von der Weltwirtschaft immer schneller vorangetrieben. Die „alte deutsche Freiheit“ mag zwar im Föderalismus der bundesstaatlichen Organisiertheit und im sozialetisch und -rechtlich unterlegten Subsidiaritätsprinzip (nach-)wirken, wird aber durch individuelle Freiheit gegen alles und jeden überspielt, wobei sie sich in Extremform als „neue deutsche Freiheit“ im Massenphänomen zur Erlebnis- und Spaßgesellschaft wieder kollektiviert.“²²

Die Entwicklung der westlichen Demokratien kann in der Nachkriegszeit als eine solidarischere, sozialere und (noch) mit basalen ethisch-moralischen Werten versehene Gesellschaft angesehen werden, die mit diszipliniertem Engagement beim Wiederaufbau nach den durch den Krieg und Faschismus (nicht nur materiell) verursachten Zertrümmerungen ans Werk ging. Der nachlassende wirtschaftliche Aufschwung in Europa und den USA seit Mitte der 70er Jahre, die gesellschaftliche Vereinzelung aufgrund sich wandelnder Technologien und einer explodierenden Globalisierung, insbesondere befeuert durch das Internet und die Digitalisierung, beschleunigte Vorgänge in der Arbeitswelt und potenzierten Leistungsanforderungen an das Individuum überschreiten die Belastungsgrenze von vielen. Das ganze System nähert sich einem Scheitelpunkt, ab dem der Zusammenbruch droht. Die Zerfallserscheinungen sind nicht zu übersehen. Das Engagement für das demokratische System ist beim gegenwärtigen – nicht leugbaren – Klima der Singularisierung und Individualisierung jedenfalls für den Durchschnitt der Bevölkerung rapide abnehmend. Zweifel und Enttäuschung an einem liberalen parlamentarischen System gab es bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. In ganz Europa wuchsen die Zweifel an der Funktionsfähigkeit demokratischer Staatsformen.

„Das Gefühl, die Mittel der liberalen Demokratie seien unter explosiven, notgedrungen krisenhaften Bedingungen der Übergangsphase nicht ausreichend, ihre Führungsmöglichkeiten für die selbstbewußten Massen zu gering, griff rasch um sich. ... Mit Ausnahme der Tschechoslowakei ist während der Zwischenkriegszeit in allen Staaten Ost- und Mitteleuropas sowie in zahlreichen Ländern Südeuropas das parlamentarische System untergegangen: In Litauen, Lettland, Estland, Polen, Ungarn, Rumänien, Österreich, Italien, Griechenland, in der Türkei, in Spanien, Portugal und schließlich in Deutschland. ...

Es war daher nicht das aggressive Ressentiment einer einzelnen Nation, das den Weltzustand umstürzen wollte. Eine breite Stimmung des

Überdrusses, der Verachtung und Resignation trug, über alle Grenzen hinweg, den Abschied vom liberalen Zeitalter. ... In Deutschland fehlte schon seit 1921 eine Reichstags-Mehrheit, die sich mit Überzeugung zum parlamentarischen System bekannte. Der liberale Gedanke hatte kaum Anwälte, aber viele potentielle Gegner; ihnen fehlte nur noch der Anstoß, die zündende Parole, der Führer.“²³

Die Zeichen an der Wand sind deutlich: Es gibt ein Misstrauen gegenüber liberalen, demokratisch-parlamentarischen Systemen, Krisen handhaben zu können, wie sich dies nicht zuletzt am Scheitern einer seit Jahren dringend notwendigen und nachhaltig veränderten Umweltpolitik wie auch am Scheitern der Handhabung aktueller globaler Krisen (Pandemie, Klimakatastrophe, krieglerische Bedrohungen) zeigt. Aus diesem Empfinden heraus speisen sich die Enttäuschungen, die sich dann im Wege von Wut, Populismus, Radikalisierungen oder Resignation und Rückzug Bahn brechen. Es ist zwar keineswegs so, dass radikale, diktatorische Staatssysteme tiefgreifende Krisen besser oder überhaupt handzuhaben in der Lage wären, es scheint aber ein menschliches Charakteristikum zu sein, dass in Notzeiten und Krisen nach starker Führung gerufen wird. Starke Führung versprechende Politiker – vor allem vor Wahlen – arbeiten radikalen Lösungen quasi in die Hände, weil sie negative Entwicklungen in demokratischen Systemen aufgrund eines unrealistischen Freiheitsverständnisses – *laissez-faire*-Politik, auch als *Nachtwächterstaat* bezeichnet – begünstigen, wie dies in Kapitel 4 diskutiert wird.

Was versteht man eigentlich unter „Demokratie“ und wie entstand sie?

Die demokratische Staatsform wird heutzutage als die am weitesten entwickelte angesehen, allerdings hauptsächlich aus westlicher Sicht, wie bereits zuvor erwähnt. Dabei handelt es sich um eine sehr umstrittene Staatsform, die nicht nur in anderen Teilen und Kulturen der Welt als für das eigene Land ungeeignet erachtet, gar als arroganter Versuch der westlichen Welt gewertet wird, indem sie versuche, ihre Kultur anderen Ländern aufzuzwängen. Auch in der griechischen Antike wurde die Demokratie als Staatsform z. B. von Platon durchaus kritisch gesehen, wenngleich sein Schüler Aristoteles – ebenfalls ein Skeptiker, der die Monarchie als die beste Staatsform erachtete, sich allenfalls eine (aristokratisch) geführte Oligarchie mit demokratischen Elementen vorstellen konnte – den Sieg der Demokratie voraussah.¹

Der britische Philosoph und anerkannte Staatstheoretiker Sir Karl R. Popper schildert eindrücklich den schwierigen Weg der Entwicklung der Zivilisation von der *Stammesgesellschaft* bis hin zur sogenannten *offenen Gesellschaft*, als die er die Demokratie ansah.² Er sieht die griechische Antike als Wiege der abendländischen Zivilisation, da sie die ersten Schritte von der Stammesmoral der Naturvölker hin zur humanitären Gesellschaft unternahm.

Der Begriff „Demokratie“ nach Popper wird üblicherweise falsch verstanden. Die Herrschaft komme nicht vom Volke, da das Volk niemals in irgendeinem konkreten praktischen Sinne direkt regiere.

„Nichts hält Popper von der Idee, dass der Staat mehr sei als eine Verbindung für rationale Zwecke. Er sieht in der Demokratie oder der Stimme des Volkes wenig Erhabenes, sie ist lediglich die bislang einzig annehmbare Methode, notwendige Macht zu kontrollieren. Vor allem aber sei die Demokratie keine „Herrschaft des Volkes“. Denn das Volk, so schreibt Popper in der „Offenen Gesellschaft“, regiere niemals selbst in „irgendeinem konkreten praktischen Sinn“, es könne lediglich die Aktionen seiner Herrscher durch Drohung mit Absetzung beeinflussen“. Demokratie, auf Griechisch in der Tat so viel wie „Volksherrschaft“, sei „leider ein ganz irreführender Name“.³

Wenn wir heute von Demokratie sprechen, dann meinen wir eine Staatsform oder ein staatliches System, wie es in der westlichen Welt verstanden wird, mit liberalem Geist, d. h. der Freiheit, seine subjektive Meinung jederzeit und überall ausdrücken zu können, mit Gleichberechtigung und Mitbestimmungsmöglichkeit, in der die Macht vom Volk ausgehen soll, was in der Regel über Wahlen erfolgt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges existierten erst wenige vollwertige Demokratien auf der Welt; ihre Zahl stieg aber kontinuierlich während der letzten circa 75 Jahre auf 117 von 195 Ländern an.⁴ Unter Zugrundelegung von strengen Maßstäben und fünf Beurteilungskriterien – wie Wahlprozess und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Beteiligung, politische Kultur und bürgerliche Freiheiten – zählt man derzeit ca. 22 „vollständige“ Demokratien, 54 „unvollständige“ Demokratien (auch als „defekte“ Demokratien verstanden, in denen zwar freie Wahlen stattfinden, bestimmte Rechte aber „Defekte“ aufweisen), 37 „Hybridregime“ (worunter man eine illiberale Demokratie, eine Mischung aus Demokratie und Autokratie bzw. eine autoritäre Art repräsentativer Demokratie versteht) und 54 „autoritäre“ Regime unter 167 Ländern der Welt.⁵ Die kontinuierliche Zunahme an demokratischen Ländern in den letzten Jahrzehnten spiegelt den Erfolg westlich geprägter demokratischer Staatsformen. Dieser Erfolg scheint sich allerdings allmäh-

lich überlebt zu haben, mehr und mehr zeigen sich – wie es scheint – nicht lösbare Probleme und Blockaden, die im Wesen von Demokratien zu liegen scheinen, jedenfalls in der überwältigenden Mehrheit von Demokratien, die als „vollständige“ Demokratien angesehen werden.

Spricht man von „Demokratie“, muss man sich klarmachen, dass es sich um eine Staatsform handelt, die einem Verständnis folgt, wie es in der westlichen Welt vorherrscht. Dieses Verständnis von *Volksherrschaft* (altgriechisch δημοκρατία *dēmokratía*, von δῆμος *dēmos* „Staatsvolk“ und κράτος *krátos* „Gewalt, Macht, Herrschaft“) stammt aus dem Okzident, genauer dem antiken Griechenland, ist somit eine Errungenschaft des abendländischen Denkens und seiner Geschichte. Wenn heutzutage von Demokratie oder demokratischen Verhältnissen die Rede ist, wird irrigerweise davon ausgegangen, alle Länder würden von denselben Maßstäben ausgehen und dass diese für die gesamte Welt gültig seien, was aber keineswegs der Fall ist.

Fälschlicherweise geht man in der westlichen Welt davon aus, die eigene Lebensform sei für die gesamte Menschheit von Vorteil. Sehr selbstsicher ist die Mehrheit der Bürger in den westlichen Ländern davon überzeugt, dass alle anderen Länder irgendwann dem eigenen Vorbild nachfolgten, was aber nicht der Fall ist. Andere Kulturen basieren auf völlig anderen historischen Urgründen mit einem jeweils anderen Menschenbild, einer ganz eigenen Geschichte und Kultur. Warum sollten sie alle einem Staatsmodell folgen, das sich zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort als vorteilhaft erwiesen hat, wie dies der Karikaturist einer japanischen Tageszeitung ausgedrückt hat?

„Die Demokratie ist keine allgemeingültige Staatsform. Sie ist ein Ideal des Westens, auch wenn man dort immer behauptet, sie sei allgemeingültig. Deswegen ist dieser Krieg (gemeint ist der zweite Golfkrieg 1991) falsch: Der Westen will einem nicht-westlichen Staat seinen Willen aufzwingen. Die Amerikaner sind nicht nur Heuchler, sie sind dazu noch arrogant.“⁶

In der Tat wirkt es ziemlich autistisch und selbstgerecht, die Demokratie nach westlichem Muster als das Nonplusultra für alle anderen Staaten anzusehen. Außerdem geben die Probleme der demokratischen Staaten seit geraumer Zeit nicht gerade ein geeignetes Beispiel ab, dem unbedingt nachzueifern wäre. Seit 2005 ist die Zahl demokratischer Staaten weltweit sogar wieder leicht rückläufig.

Mit dem Begriff „Demokratie“ schmücken sich heutzutage viele Staaten auf der Welt, auch wenn er mehr verspricht als er schließlich halten kann. Auch China mit seinem Einparteiensystem und seinem autokratisch-dik-

tatorischen Führungssystem zählt sich dazu. Ebenso Staaten, in denen eine einzelne Person autokratisch die Richtung bestimmt. Der Begriff ist vieldeutig und leicht missbräuchlich, so dass unterschiedliche Staatssysteme die „demokratische“ Fahne vor sich hertragen. Das zentrale Element bei den meisten dürfte die Einbeziehung des Volkes (*démos*) in politische Entscheidungen (*krátos* = Gewalt) sein (Montesquieu, 2019). Auf welche Weise dies aber erfolgt und wie die Umsetzung demokratischer Prinzipien dann genau geschieht und mit welchen sonstigen Merkmalen sie ausgestaltet wird, gleicht allerdings einer bunten Farbpalette.

Der französische Philosoph und Staatstheoretiker der Aufklärung Charles de Secondat, Baron de Montesquieu definierte die Demokratie folgendermaßen:

„Sobald in der Republik das Volk als Körperschaft die souveräne Macht besitzt, haben wir eine *Demokratie* vor uns. Sobald die souveräne Macht in den Händen eines Teils des Volkes liegt, heißt sie *Aristokratie*.“⁷

Letzteres trifft im Grunde auch auf die *Repräsentative Demokratie* zu, deren Prinzip alle westlichen Staaten folgen, und auf die immer wieder so stolz hingewiesen wird. „Repräsentativ“ meint, das Volk bestimmt nicht direkt, welche staatlichen Entscheidungen gefällt werden, sondern über Wahlen ermittelte Vertreter sollen das Volk repräsentieren. Abgeordnete entscheiden dann autonom, welche politischen Maßnahmen wie umgesetzt werden sollen. Gemäß der Definition von Montesquieu – immerhin einem der größten Staatsdenker aller Zeiten – befänden wir uns demnach in den westlichen Demokratien nicht in wahren demokratischen Verhältnissen, sondern quasi in Staatsgebilden aristokratischer Strickart.

Demokratien haben grundsätzliche Schwächen; von ihnen wird noch die Rede sein. Diese Schwächen waren dem zweimaligen britischen Premierminister Sir Winston Churchill als liberalem Staatsmann sehr wohl bewusst und wurden von ihm in dem berühmten Ausspruch von der „schlechtesten Staatsform außer allen anderen“ verewigt.⁸

Unter Anlegung strenger Maßstäbe erfüllen die westlichen Demokratien nicht die Kriterien reiner Volksdemokratien. Das Volk kann nur alle paar Jahre einmal durch seine Stimmabgabe seinen Willen artikulieren. Referenden und Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen wie weitreichende Entscheidungen zur Energiepolitik, der Wahl des obersten Staatsrepräsentanten oder die Entscheidung zur Einführung des Euros erfolgten oder erfolgen beispielsweise in Deutschland, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern (z. B. der Schweiz), nicht über ein Referendum. Letztlich entscheiden Parteien. Weder der Wähler noch der einzelne von ihm ge-

wählte Abgeordnete können Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Letztere sind an die Parteidisziplin und den Fraktionszwang gebunden. „Eine reine Demokratie ist eine romantische Illusion, die es so in der Realität nie gegeben hat.“⁹

Die basalen Kriterien eines demokratischen Staatsgebildes werden an drei Strukturmerkmalen festgemacht:

1. Das Volk wurde in der Athenischen Demokratie als souveränes Subjekt der Politik verstanden, das sich über „Vollbürger“ (zu denen nicht Frauen und Sklaven zählten) seine Staatsverfassung und Gesetze selbst gab.
2. Die Verfassung des Staates bezieht sich auf das gesamte Gebiet, auf dem das Volk ansässig ist; Ausländer können nicht an der Regierungsbildung mitwirken, haben also kein Wahlrecht.
3. Die Prozeduren von Gesetzgebung und Regieren sind definiert. Mehrheitsbeschlüsse müssen auch von Unterlegenen mitgetragen werden.

Während das Kriterium 2 wenig Anlass für kontroverse Auffassungen bietet, sieht dies bei den Kriterien 1 und 3 anders aus. Wie und auf welchem Wege gibt sich das Volk als sogenannter „Souverän“ seine Verfassung und Gesetze? Kriterium 3 suggeriert, dass im Einzelfall eine Mehrheit entscheiden müsse, an deren Entscheidung sich dann alle zu halten hätten. Wie kommt die Mehrheit aber zustande? Über Abstimmungen im Parlament zum Beispiel. Wie aber setzt sich das Parlament zusammen, wie konstituiert es sich? Wer gelangt auf welche Weise in das Parlament? Und hier wird es problematisch. Was ist im ureigensten Verständnis „demokratisch“? Sind Wahlen überhaupt demokratisch?

Wie geht das zusammen: Individuum und Gemeinschaft?

Der Schweizer Schriftsteller und Philosoph Jean-Jacques Rousseau (1712–1788) sah in einem *Gesellschaftsvertrag* die unverzichtbare Grundlage für ein demokratisches Gemeinwesen, da der Mensch in seinem „Naturzustand“ seine individuellen Neigungen bestrebt sei auszuleben. Für eine Menge an in unmittelbarer Nähe und Nachbarschaft lebender Menschen bedürfe es einer Gemeinschaft, da nur sie eine Ordnung herstellen könne, die allen Vorteile brächten. Der Gesellschaftsvertrag bringe „die völlige Entäußerung jedes Mitglieds mit allen seinen Rechten an das Gemeinwesen als Ganzes“, da der einzelne Mensch grundsätzlich egoistisch sei. So entstehe die „*Polis*“, die Bürgergemeinde bzw. der Staat der Gemeinschaft. „Jedes Mitglied

dieser Gemeinschaft verpflichtet sich in zweierlei Hinsicht: Zum einen als Glied des Souveräns gegenüber dem Einzelnen und zum anderen als Glied des Staates gegenüber dem Souverän.“²

Rousseaus demokratisches Gemeinwesen ging von einem im Grunde problematischen Menschenbild aus. Er sah den Menschen als einen naturnahen Wilden, der nur seinen Bedürfnissen versuche nachzukommen. Im Gegensatz zu Aristoteles, der dem Menschen ein grundsätzlich gemeinschaftsfähiges Wesen unterstellte, sah Rousseau als zentralen Trieb des Menschen die Selbstliebe, wobei er dem Menschen nicht unterstellte, im Kern böse zu sein, sondern der Natur gehorchend zu leben, eben naturgemäß. Allerdings ginge diese triebhafte Eigennützigkeit und Selbstliebe auf Kosten anderer. Ein notwendiger Zusammenschluss vieler zu einer Gemeinschaft mache quasi eine Zivilisierung unverzichtbar.

„Wenn der Mensch ein gemeinschaftsfähiges Wesen (altgriechisch ζῷον πολιτικόν *zōon politikón*) wäre, wie Aristoteles lehrte, dann sollte eigentlich freudvolle Harmonie das Zusammenleben der Menschen bestimmen. Da das nicht der Fall sei – die Menschen hassen, betrügen, verleumden, belügen und ermorden einander – schließt Rousseau, dass die Menschen nur in kleinen, naturnahen Gemeinschaften die Chance haben, ihre ursprünglich „gute“ Naturanlage angemessen zu entfalten. Ihre – durch die Kultur beförderte – Vervollkommnungsfähigkeit führt die Menschen auf die Bahn zivilisatorischer Fortschritte, die sie aber von ihrer ursprünglichen Einheit mit einem natürlichen Dasein entfernt und sie damit ihrem eigenen ursprünglichen Wesen entfremdet.“²

Es resultiert quasi ein Dilemma: Menschen benötigen bei größerer Zahl, in Städten und Ballungsräumen Regeln, an die sich alle halten, letztlich zum Wohle aller. Gleichzeitig aber entfremdet sich der Mensch ein gehöriges Stück von seinem natürlichen Wesen. Wir finden hier vielleicht den Kernpunkt der Widersprüchlichkeit menschlichen Handelns, der die gesamte Menschheitsgeschichte durchzieht. Die animalische, triebhafte Natur des Menschen ist auf Egoismus aufgebaut, einer natürlichen Anlagekomponente, die evolutionäre Vorteile bedeutete, die entwickelt werden musste, damit die Spezies im Darwinschen Sinne den „struggle for survival“ bestehen konnte, was auch das Überleben des Stammes oder der Horde mit einschloss. Im Grunde besteht hier keinerlei Unterschied zu irgendeiner anderen Spezies. Nun hat der Mensch aber dank seiner außerordentlichen zerebralen Entwicklung die spezifische Fähigkeit entwickelt, über sich selbst und seine Umgebung nachzudenken, Zusammenhänge der Realität um sich herum verstehen und Ereignisse antizipieren zu können. Seine ko-

gnitiven Fähigkeiten versetzen ihn in die Lage, Bewusstsein über sich selbst und die Welt herstellen zu können, mögliche Konsequenzen gegeneinander abzuwägen und potenzielle Folgen einzuschätzen. Man kann diese Potenz des Verstandes als Klugheit bezeichnen. Sie ist die Basis für den Zusammenschluss von Individuen zu Gemeinschaften. Nur diese Gemeinschaften boten die Grundlage für das, was wir heute Zivilisation nennen. Nur sie ermöglichten die Entwicklung von technischen Errungenschaften und Wissenschaften, deren Erkenntnisse ein längeres, gesünderes und bequemerer Leben ermöglichten und den täglichen Kampf um Nahrung und Überleben entscheidend erleichterten.

Der Preis, den das Individuum für alle diese Vorteile zu zahlen hat, besteht allerdings darin, dass es seine individuellen Bedürfnisse zugunsten der Gemeinschaft weitgehend zurückstellen muss. Es kann in sozialen Gemeinschaften wie Städten und Staaten nicht funktionieren, wenn Individuen ihr selbstsüchtiges Verlangen nach dem Geld oder dem Besitz anderer ausleben, indem sie andere überfallen und sie ausrauben. Das Zusammenleben in Gemeinschaften bzw. in zivilisierten Gesellschaften bringt es naturgemäß mit sich, dass Individuen mit dem Besitz anderer konfrontiert sind, dass Neid und Verlangen nach ähnlichem Besitz aufkommen können. Dass der Mensch jedoch nicht notwendigerweise seinen triebhaften, sogenannten „natürlichen“, selbstsüchtigen Bedürfnissen, quasi gezwungenermaßen, nachkommen muss, ergibt sich daraus, dass der Mensch grundsätzlich in der Lage ist, sich „zivilisiert“ zu verhalten, d. h. nicht notgedrungen nur triebhaft und egoistisch, sondern durchaus nach ethischen und moralischen, kulturellen Prinzipien handeln kann.³ Er ist von Geburt an zwar mit einer natürlichen erbbiologischen Grundausstattung versehen, doch erst Kultureinwirkungen und sich entwickelnde Wesensmerkmale durch Beziehungserfahrungen mit anderen wichtigen Menschen prägen die Persönlichkeit des Individuums. Im Laufe der kindlichen Entwicklung können sich unter günstigen Umgebungs- und Lernbedingungen hochdifferenzierte psychische und soziale Strukturen der individuellen Persönlichkeit entwickeln, so dass naturgegebene triebhafte Bedürfnisse und soziale Verträglichkeit miteinander integriert werden können.⁴

Obwohl die Majoritäts-Demokratie als Staatsform in ihren frühesten Gehversuchen nach der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika von ihrem scharfsinnigsten Beobachter Alexis de Tocqueville bewundert – und als zukünftiges politisches System auch für Europa vorausgesagt – wurde, äußerte er dennoch große Bedenken, wie man sich der „Allgewalt“ der Mehrheit im demokratischen Staatssystem würde erwehren können.⁵

„Die Vereinzelung der Menschen und ihre Selbstsucht, die daraus hervorgeht, fällt am ehesten im Zeitpunkte auf, wenn eine demokra-

tische Gesellschaft auf den Trümmern der Aristokratie Gestalt angenommen hat.

Diese Gesellschaften bestehen nicht nur aus einer großen Zahl unabhängiger Bürger, sie sind täglich erfüllt von Menschen, die, eben erst selbständig geworden, von ihrer neuen Macht berauscht sind: diese verfallen einem anmaßenden Selbstvertrauen, und da sie der Hilfe ihrer Mitmenschen fortan entraten zu können glauben, so verbergen sie niemandem, daß sie nur an sich selber denken.“⁶

Das Hauptproblem der Krise der Demokratien, ja der Welt insgesamt, nämlich der menschliche Egoismus, wurde bereits in den frühesten Entstehungszeiten der modernen Demokratie erkannt. Auch die Athenische Demokratie erkannte bereits die menschliche Natur, zum eigenen Vorteil und auf Kosten der Gemeinschaft zu handeln. Sie versuchte dem durch ein Losverfahren anstelle von Wahlen entgegenzusteuern, mit dessen Hilfe die meisten politischen Ämter auf sehr beschränkte Zeit besetzt wurden. Der in den heutigen Demokratien geförderte Individualismus (sh. hierzu Kap. 7), der in den westlichen Gesellschaftsformen in immer extremerer Form um sich greift und zum Teil perverse Formen annimmt, hat seine Vorläufer in der Trennung von weltlicher und geistlicher Gewalt im Mittelalter.

„Die ansatzweise Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt im Investiturstreit ... im späten 11. und frühen 12. Jahrhundert wurde zur Bedingung der Möglichkeit aller weiteren Gewaltenteilungen Das heißt aber nichts anderes, als dass der Dualismus, wie er sich im hohen Mittelalter herausbildete, die Gründungskonstellation und die Gründungsstruktur des Westens war: ohne Dualismus kein Pluralismus und kein Individualismus.“⁷

„Demokratien besitzen geschriebene Regeln (Verfassungen) und Schiedsrichter (Gerichte). Aber diese funktionieren am besten und überdauern am längsten in Ländern, in denen die Verfassung durch ungeschriebene Spielregeln ergänzt wird.“⁸

Diese sogenannten „weichen Leitplanken“ der Demokratie dienten als Verhaltenskodizes, die in der jeweiligen Gesellschaft allgemein bekannt und von ihren Mitgliedern akzeptiert würden. Eine solche Sicht ist angesichts sich häufender krasser Formen individualistischer Lebensgestaltungen zunehmend in Frage zu stellen, insbesondere dann, wenn diese Formen annehmen, die das Gemeinschaftsleben beeinträchtigen.

Der sich immer stärker Bahn brechende *Individualismus* in den west-

lichen Demokratien liegt dem ursprünglichen demokratischen Gedanken allerdings zentral zugrunde. Die „intuitive Idee“ (Popper) der untrennbaren Verbindung zwischen dem Individualismus und Gerechtigkeit geht auf Aristoteles zurück, der – im Gegensatz zu seinem Lehrer Platon – Gerechtigkeit nicht identisch ansah mit Gesundheit und Harmonie des Staates, sondern als eine bestimmte Behandlung von Individuen.

„Dieses individualistische Element war von der Generation des Perikles hervorgehoben worden. Perikles selbst hatte erklärt, daß die Gesetze „allen in ihren privaten Auseinandersetzungen in gleicher Weise Gerechtigkeit“ gewähren müßten; aber er ging noch weiter: Wir fühlen uns nicht berufen“, so sagte er, „an unserem Nachbarn herumzunörgeln, weil er gerne seine eigenen Wege geht.“ ... Perikles legt Gewicht auf die Verbindung zwischen diesem Individualismus und dem Altruismus.“⁹

Der mit dem Altruismus vereinigte Individualismus sei die Grundlage unserer abendländischen Zivilisation und die zentrale Lehre des Christentums geworden, so Popper. Die Perspektive vom Wert des Individuums und seinen Rechten sei zu einem Bollwerk in der Verteidigung des neuen humanitären Bekenntnisses – wohl noch vor der Lehre von der Gleichheit der Menschen – geworden. Die Emanzipation des Individuums sei die große geistige Revolution gewesen, die zum Zusammenbruch der Stammesherrschaft und zum Aufstieg der Demokratie geführt habe.

Im Gegensatz zu Aristoteles sah Platon den Individualismus als untrennbar mit dem menschlichen *Egoismus* und den Kollektivismus mit Altruismus verbunden. „... ich stelle die Wünsche des Individuums mit Recht auf eine niedrigere Wertstufe“ zitiert Popper¹⁰ Platon in dessen Werk *Nomoi*.¹¹ Allerdings lässt sich Platons Logik nicht so einfach vom Tisch wischen. Popper wirft Platon in diesem Punkt vor, er versuche mit der Propagierung des Kollektivismus vor dem Individualismus die Grundlage für die Favorisierung der Staatsform Demokratie infragezustellen. Die Verwandtschaft von Platons Denken mit dem von Karl Marx ist nicht von der Hand zu weisen. Beide waren am Individuum nicht sonderlich interessiert, sondern eher am Kollektivismus.

Die grundlegend humanitäre Sicht des Individuums mit all seinen existenziellen Rechten und der Gleichheit vor dem Gesetz hat völlig unbezweifelbar zu einer Befreiung der Menschheit in jenen Ländern der Erde geführt, die diese Staatsphilosophie in ihren Verfassungen verankert haben. Zu keiner Zeit zuvor hat es vergleichbare Freiheiten für die individuellen Menschen gegeben. Zugleich muss sich aber die Frage stellen, welche Formen und Ausmaße diese erstmals in solcher Weise eröffneten Freiräume für

das Denken und Leben der Individuen und damit der Gemeinschaft annehmen können, und mit welchen Folgen.

Demokratie und Wahlen

Dem Wahlrecht kommt eine Schlüsselfunktion in der *Repräsentativen Demokratie* zu.¹ Es spielt die entscheidende Rolle und ist zugleich sein wunder Punkt. Das Volk entscheidet nicht direkt, sondern bestimmt über Wahlen Abgeordnete, die eigenverantwortlich politische Entscheidungen in einer Volksversammlung bzw. in einem Parlament fällen, weshalb man auch von einer „parlamentarischen Demokratie“ spricht. In der frühen *Athenischen Demokratie* oblagen viele wichtige Entscheidungen nicht der Zuständigkeit der Volksversammlung, sie wurden von Amtsträgern gefällt. Dies waren Bürger, die durch das Los bestimmt worden waren.²

Repräsentation wurde in den letzten mehr als 200 Jahren stets mit dem *Wahlssystem* in Verbindung gebracht, niemals mit dem *Losverfahren*. Dies ist um so erstaunlicher als bereits Montesquieu als einer der geistigen Väter der Französischen Revolution und Vordenker der Aufklärung, der Überzeugung war, dass Wahlen nicht demokratisch seien.

Abstimmungen von gewählten Volksvertretern – also Wahlen – stellen nach Auffassung vieler antiker Philosophen, Geschichtswissenschaftler und Politologen keine adäquate Form von Demokratie dar, da gewählte Volksvertreter autonom in ihren Entscheidungen sind, die sich keineswegs mit dem Wählerwillen – und damit nicht mit dem Volkswillen – decken müssen.

„... ist es bemerkenswert, daß große politische Theoretiker wie Harrington, Montesquieu und Rousseau jeder von seinem Standpunkt aus und auf seine Weise dieselbe Behauptung aufgestellt haben, und zwar, daß die Wahl in ihrem Wesen aristokratisch sei, während das Losverfahren *par excellence* ein demokratisches Auswahlverfahren darstelle.“³

Bereits Aristoteles war der Auffassung, dass Wahlen allein unvereinbar seien mit Demokratie. Er bezeichnete in seinen Werken die *Politie* als die beste Staatsform. Mit diesem Begriff definierte er eine Mischung aus *Demokratie* und *Oligarchie* (der Herrschaft weniger), derzufolge das Volk an der Volksversammlung partizipieren solle, indem Staatsämter durch Los (demokratischer Aspekt) und Beamte (oligarchischer Aspekt) durch Wahl in Staatsämter ermittelt werden sollten.⁴ *Oligarchie* und *Aristokratie* sind

bei Aristoteles enge Verwandte, insofern er davon ausging, dass in beiden die besten, guten und edlen Bürger vertreten seien. Das Mischmodell von Aristoteles versuchte demnach, die besten Anteile jedes der beiden Systeme miteinander zu integrieren: Die direkte Volksbeteiligung und zugleich die geeignetsten Köpfe. Dem liegt offenbar ein gewisser Argwohn zugrunde, das Volk nicht alleine bestimmen zu lassen, weil der demokratische Losentscheid per Zufall durchaus auch inkompetente Bürger würde auswählen können.

„Um den Zusammenhang zwischen dem Losverfahren und der Demokratie zu verstehen, den die Athener eingeführt haben, muß man zunächst einen Blick auf ein grundlegendes Verfahren der griechischen demokratischen Kultur werfen: das Rotationssystem im Amt. Die Demokraten haben nicht nur den Rollenkonflikt zwischen den Herrschenden und den Beherrschten erkannt, sie sahen auch, daß beide Rollen zumeist nicht von ein und derselben Person gleichzeitig eingenommen werden konnten. Das oberste Prinzip der Demokratie bestand nicht darin, daß das Volk zugleich regierte und regiert wurde, sondern daß jeder Bürger imstande war, beide Positionen *abwechselnd* einzunehmen.“⁵

Auslösung und Rotation entsprangen einem tiefen Misstrauen, das den Amtsträgern und dem Expertentum entgegengebracht wurde. Das demokratische Modell verlangte es, dass jeder Bürger potenziell in ein Staatsamt gelangen konnte. Aus diesem Grunde wurde das *Losverfahren* eingeführt. Aber zugleich waren sich die Athener bewusst darüber, dass ein längeres Verweilen in einem Amt zu Problemen wie Korruption und Vernetzungen von Partikularinteressen führen könnte, weshalb das Rotationsprinzip eingeführt wurde, wonach jeder ausgeloste Bürger nur sehr beschränkte Zeit im Amt verweilen durfte. Auch sollte durch das Rotationsprinzip die in Funktionen gelangten Laien nicht zu lange in ihrem Amt bleiben können, um so die Chance zu erhöhen, dass fachkompetente Bürger in das Amt gelangen konnten. Andererseits sollte das Losprinzip die Macht von Amtsträgern beschneiden, insbesondere wurde befürchtet, dass ausgeloste Experten die Beschlussfassungen aufgrund ihrer Kenntnisse beherrschen und gegenüber den ausgelosten Laien dominieren könnten.

Man kann leicht erkennen, dass ein unauflösliches Dilemma entsteht. Am ehesten sah Aristoteles daher die Lösung in einem Mischmodell aus Losverfahren und Wahl. Das Losverfahren wurde später auch in den italienischen Republiken und Stadtstaaten (Rom, Florenz, Venedig) des Mittelalters und der Renaissance häufig zur Besetzung von Magistraten eingesetzt.

Um so bemerkenswerter ist es, dass das Losverfahren, nach all den gemachten Erfahrungen und tiefgreifenden theoretischen und philosophischen Erörterungen, praktisch vollständig von der Bühne der Staatsformen verschwunden ist.

„Gerade mal eine Generation nach dem Erscheinen der Abhandlungen *De l'esprit des lois* (Montesquieu) und *Du contrat social* (Rousseau) verschwand der Gedanke, öffentliche Aufgaben durch Los zu übertragen, jedoch fast spurlos. Während der Revolutionen in Amerika und Frankreich fand das Losverfahren keine ernsthafte Berücksichtigung mehr. Zur gleichen Zeit, als die Gründerväter die Gleichheit aller Bürger deklarierten, entschied man sich auf beiden Seiten des Atlantiks ohne die geringsten Bedenken für die uneingeschränkte Herrschaft einer Auswahlmethode, die seit langem als aristokratisch galt. ...

In Anbetracht der republikanischen Tradition und entsprechender Theorien ist es wirklich erstaunlich, daß in den ersten Jahren der repräsentativen Regierung der Einsatz des Losverfahrens bei der Ämter- bzw. Machtverteilung überhaupt nicht diskutiert wurde. Die Begründer des Repräsentativsystems versuchten nicht herauszufinden, welche anderen Institutionen in Verbindung mit dem Losverfahren dessen offensichtlich unerwünschten Auswirkungen ausgleichen könnten. Eine vorübergehende Eignungsprüfung in der Art des *squittinio* (Prüfung der Amtsfähigkeit) in Florenz mit dem Ziel, die Auswahl von offenkundig inkompetenten Personen zu verhindern, wurde nicht einmal in Erwägung gezogen.“⁶

Mit der Entscheidung, die Wahl als System für die Ermittlung von Amts- und Mandatsinhabern zu etablieren, stellte sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts nach Ausweitungen des Stimmrechts mit der Festlegung auf das allgemeine Wahlrecht der Triumph der Wahl über das Losverfahren ein. Die Wahlen von Repräsentanten durch die Gesamtheit der wahlberechtigten Bürger wurden fortan mit Demokratie gleichgesetzt. Dass Wahlen nicht egalitäre und aristokratische Züge in sich tragen, wurde nicht einmal reflektiert und ist auch heute in der öffentlichen Debatte in Gänze nicht vertreten, wohl nicht einmal im Bewusstsein einer vermeintlich aufgeklärten Öffentlichkeit. In unseren Schulen wird den Kindern und in den öffentlich rechtlichen Medien den Erwachsenen quasi eingetrichtert, dass man unbedingt zur Wahl gehen müsse, um seine demokratischen Rechte wahrnehmen und die Geschicke unserer Gesellschaft mitbestimmen zu können. Es herrscht geradezu ein „Wahlfundamentalismus“, es findet eine „Vergötterung von Wahlen“ als *dem* fundamental demokratischen Entscheidungs-

moment statt. Der Urnengang wird als ultimativer Akt der Volkssouveränität angesehen.

„Die Demokratie durch ausgeloste Versammlungen zu stärken klingt gut, stößt jedoch auf zahlreiche Hindernisse. Man will alle zu Wort kommen lassen, riskiert aber damit neue Formen von Elitarismus. Wie kann das Ideal mit der Praxis in Einklang gebracht werden?“⁷

Die Ziele wahrer Demokratie wären im Idealzustand die potenzielle Teilhabe von jedem Bürger an politischen Entscheidungsgremien. Die derzeit praktizierte Form von Demokratie weist in großem Ausmaß Defizite auf, die insgesamt die westlichen Staatssysteme als *nicht* demokratisch ausweisen. Zum Beispiel wird in Deutschland nach dem geltenden *Bundeswahlrecht* und der daraus erwachsenen *Bundeswahlordnung* nur die Hälfte der schließlich im Parlament tätig werdenden Politiker vom Wahlvolk direkt gewählt (Erststimme). Aber selbst diese Politiker werden von den Volksparteien bestimmt, nicht von den Wählern. Die andere Hälfte bestimmt die jeweilige Partei ebenfalls nach eigenem Gutdünken, da mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei gewählt wird. Damit wird schon einmal über den Kopf des Bürgers hinweg von den Parteien entschieden, wer das Volk im Parlament vertritt.

Der nächste Aspekt, bei dem der sogenannte „Wählerwille“ missachtet wird, dies ist hierzulande insbesondere auch dem Wahlsystem geschuldet, sind zustandekommende Koalitionen verschiedener Parteien, die ganz unterschiedlichen Menschenbildern und vollständig unterschiedlichen Ideologien folgen. Darüber hinaus stellen sie eigene Wahlprogramme auf, mit denen sie im Vorfeld der Wahl öffentlich machen wollen, welche Politik sie praktizieren würden, falls sie an die politische Macht gelangen sollten. Erstens gibt es *den* Wählerwillen überhaupt nicht. Parteipolitiker konstruieren gerne den sogenannten „Wählerwillen“ für die Legitimation ihrer Entscheidungen, zum Beispiel, indem sie Koalitionen mit anderen Parteien nach eigenem Gutdünken eingehen. Gehen mehr als 20 Millionen Wähler zur Wahlurne, so muss man von einer riesigen Heterogenität an Wünschen, Hoffnungen und Begierden ausgehen, die z. T. gar nicht umsetzbar wären oder aber im Rahmen von Koalitionen immer Kompromissen zum Opfer fallen würden, in denen die ursprünglichen Wünsche der Wähler wie auch die hehren Ziele der eigenen Parteiprogramme nicht mehr zu erkennen sind. Kompromisse sind grundsätzlich Ergebnisse eines demokratischen Aushandlungsprozesses und von daher prinzipiell zu begrüßen. Es gibt aber auch unterschiedliche Qualitäten von Kompromissen, z. B. „faule Kompromisse“, bei denen entweder eine Seite über den Tisch gezogen wird oder keine wirkliche Lösung erzielt wird. Kompromisse in Koalitionsver-

handlungen in der Bundesrepublik brachten es meist mit sich, dass die ursprünglichen Ziele bis zur Unkenntlichkeit umdefiniert wurden, dass faule Kompromisse in wachweichen Formulierungen und unverbindlichen Absichtserklärungen ihren Niederschlag fanden, die dann auch noch späterhin jeglicher Umdeutung Tür und Tor öffneten, so dass notwendige Entscheidungen und Reformen buchstäblich ins Wasser fielen oder einfach ausgesessen wurden. Was daran demokratisch sein soll, bleibt unerfindlich.

Auch das jetzige bundesdeutsche Wahlsystem zeigt mit der Zeit immer mehr Schwächen auf. Es führt z. B. dazu, dass sich das Parlament in Deutschland kontinuierlich weiter aufbläht. Die Probleme, die dadurch entstehen, sind zahlreich. Insbesondere leidet immer mehr die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes und damit auch die der Regierung darunter. Es müssen immer weitere staatliche Betätigungsfelder gefunden werden, um die Abgeordnetentätigkeit des Einzelnen zu rechtfertigen, ggf. sie mit hervorgehobenen Posten für ihre Loyalität zu belohnen. Dies führt zu einer Aufblähung des Staates und seiner Apparate im Ganzen.

Das *personalisierte Verhältniswahlrecht* bundesdeutscher Provenienz bewirkt, dass eine Partei, die mehr Direktmandate durch Direktwahl (vom Wähler gewählte Politiker) erringt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis in ihrem jeweiligen Bundesland zustehen würde, weitere Sitze im Parlament erlangt (sogenannte *Überhangmandate*). Diese in 2013 als verfassungswidrig erklärte Praxis wurde umgewandelt in ein Verfahren mit dem Namen *Ausgleichsmandate*. Diese die Ungerechtigkeit benachteiligter Parteien zu beseitigende Neuregelung führte allerdings zu einer exorbitant weiteren Zunahme an Parlamentssitzen auf 735 in 2021. In 2013 lag die Anzahl an Sitzen im bundesdeutschen Parlament noch bei 631 und in 2009 noch bei 539 Sitzen. Im Vergleich dazu weist das US-Repräsentantenhaus 435 Abgeordnete aus. Das bundesdeutsche Parlament umfasst also rund 69 Prozent mehr Abgeordnete als das US-amerikanische; und das in einem Land, das nur ein Siebundzwanzigstel der USA-Fläche und nur ein Viertel der Einwohner der USA aufweist. Ein Interesse, diese Flickschusterei des bestehenden Wahlverfahrens in Deutschland mit einer Reform bedeutsam zu verbessern, besteht bei den Parteien – leicht nachvollziehbar – nicht. Sie verfolgen ihre eigenen Interessen und handeln so flagrant am Interesse des Volkes vorbei. Dem Wahlvolk fällt diese weitere Absurdität nicht einmal auf; nur gelegentlich kritisiert aufdeckender Journalismus in den öffentlich-rechtlichen Medien oder in anspruchsvollen, überregionalen Zeitungen oder Magazinen diesen unhaltbaren Zustand. Resonanz finden diese Informationen aber lediglich bei wenigen informierten Bürgern, beim überwiegenden Teil der Wähler aber nicht.

Der Eindruck einer Selbstbedienungsmentalität der politischen Parteien in Deutschland lässt sich bei solchen Zahlen nicht von der Hand weisen.⁸

Die enormen Kosten einer solchen Parlamentsaufblähung – die im Übrigen auch in den Landesparlamenten stattfindet – können nicht vom Wähler gewünscht sein, denn sie gehen auf Kosten des Steuerzahlers, ohne dass ein Mehr oder Besser an demokratischen Prozessen und Entscheidungen erkennbar wäre. Noch mehr zu beklagen als diese Geldverschwendung ist allerdings, dass solche Geschehnisse vollständig am Volk vorbeigehen. Auch hier muss konstatiert werden: Demokratie ist etwas anderes.

Durch Wahlen – so zeigte es sich in den vergangenen rund 100 Jahren – kommen auch Verführer, Despoten und Autokraten an die Macht. Das schrecklichste Beispiel in der neueren Geschichte geben Hitler und Mussolini ab. Weitere negative Beispiele sind Getulio Vargas in Brasilien, Alberto Fujimori in Peru, Nicolas Maduro in Venezuela, Jair Bolsonaro in Brasilien, Jaroslaw Kaczynski in Polen, Alexander Lukaschenko in Belarus oder Donald Trump in den USA. Aber auch einen Silvio Berlusconi in Italien, Victor Orban in Ungarn oder Boris Johnson in Großbritannien würde man nicht zu den lupenreinen Demokraten zählen. Und immer sind es die Bürger, die mehrheitlich die Wahl dieser (ihnen von den Parteien vorgeschetzten) Kandidaten bestimmen.

„Wie gelingt es gewählten Autokraten, demokratische Institutionen zu zerstören, die eigentlich dazu da sind, ihnen Grenzen zu setzen?“⁹

Das Wahlsystem in Demokratien weist noch weitere Schwächen aus. Zwischen 15 Prozent und 20 Prozent hat die Wahlbeteiligung in Deutschland von 1949 bis 2017 abgenommen. Als Grund wird meist genannt, dass sich die Abgeordneten zu weit von der Realität der Bürger entfernt hätten.¹⁰ Dies wurde auch in neuerer Zeit anhand einer repräsentativen Studie festgestellt, in der Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit 998 Wählern verglichen wurden.¹¹ Die Wähler wiesen statistisch hochsignifikant größeren Glauben und Hoffnung an eine gerechte Welt auf als die Politiker aller Parteien im 18. Deutschen Bundestag. Zugleich massen die Politiker dem Prinzip „Gleichheit“ hochsignifikant weniger Bedeutung bei als die Wähler. Wähler fühlen sich zunehmend nicht mehr von der Politik vertreten. Die Glaubwürdigkeit der Politik nahm kontinuierlich über die letzten Jahrzehnte in Deutschland ab.¹²

„Wer nicht mehr glaubt, durch seine Stimme die Geschehnisse des Landes beeinflussen zu können, geht im günstigsten Fall einfach nicht mehr wählen. Er wird gleichgültig. Im ungünstigsten Fall aber wendet er sich verbittert ab und schließt sich extremen Gruppierungen an.“¹³

Selbst in Ländern mit längerer Demokratieerfahrung schwindet die Wahlbeteiligung zusehends. Enttäuschte und unzufriedene Wähler boykottieren den ihnen einzig verbliebenen, scheinbar demokratischen Weg, die Wahlen. So nahm die Wahlbeteiligung in Großbritannien in 1997 von seinerzeit 69 Prozent auf 50 Prozent im Jahre 2001 ab – 16 Prozent niedriger als 1992, und 90 Millionen US-Amerikaner gingen im Wahljahr 1998 überhaupt nicht mehr zur Wahl.¹⁴

„Das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Gefühl resignierter Entfremdung manifestiert sich auch auf andere Weise, etwa in völligem Desinteresse. So kannten 40 Prozent der Amerikaner nicht den Namen des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten. ... Die Zahl der Mitglieder politischer Parteien ist in Deutschland (Scarrow, 1996), Frankreich (Richardson, 1993/1994), den USA (Scarrow, 1996), ja praktisch in allen Industriestaaten niedriger denn je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.“¹⁵

Die zunehmende Wahlenthaltung kann nicht nur als Beleg für eine wachsende Gleichgültigkeit oder Resignation in der Wählerschaft gewertet werden, sie kann auch durchaus Ausdruck von politisch Informierten und Interessierten dafür sein, dass sie von den zur Wahl stehenden Abgeordneten und Parteien aufgrund der gemachten Erfahrungen nichts Vernünftiges mehr erwarten. In der Öffentlichkeit wird von der politischen Kaste geheuchelt, dass sie eine größere Wahlbeteiligung wünsche, dabei wissen die Parteien in Deutschland spätestens seit dem Erfolg der AfD in der Bundestagswahl 2017 (88 Sitze im Parlament), dass das politische Klima hierzulande und in Europa stark nach rechts tendiert und dass mehr abgegebene Wählerstimmen relativ mehr Zuwachs für rechtsgerichtete Parteien bedeuten.¹⁶ Interessant sind auch die Absichten der Parteien, das aktive Wahlalter von 18 Jahren noch weiter herabzusetzen auf 16 Jahre. In einigen Bundesländern liegt das aktive Wahlrechtsalter bereits bei 16 Jahren. Was kann die dahinterstehende Absicht sein? Das politische Desinteresse war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nie so groß in Deutschland wie derzeit, die junge Generation ist – mit Ausnahme derjenigen, die der Klimadebatte folgen und sich engagieren – wenig bis gar nicht informiert oder nicht interessiert an Politik.¹⁷ Mehr Wähler aus diesem Altersspektrum zu generieren, würde mit Sicherheit bedeuten, erst recht in diesen Zeiten der Herrschaft der neuen Medien, dass weiterer Manipulation und Beeinflussbarkeit Tür und Tor geöffnet würden. Die allermeisten sehr jungen Menschen können schlicht nicht verantwortlich darüber bestimmen, was nicht einmal die meisten Erwachsenen im Land durchschauen und verstehen. Es kann keine

andere Absicht hinter diesen Parteibestrebungen stehen als dumme Wähler einzufangen, ganz im Parteiinteresse und nicht im Interesse des Landes.

„Es gibt ein einfaches Argument gegen das Wahlrecht für Sechzehnjährige (oder jüngere Kinder): Ihre Stimmen würden sich auf uns alle auswirken. Ein Wähler entscheidet nicht nur für sich selbst, sondern für alle. Möglicherweise haben wir die Sorge, dass die meisten Sechzehnjährigen nicht reif genug sind oder nicht genug wissen, um an der Urne eine kluge Entscheidung zu fällen. Da die Politiker dazu neigen, den Wählern zu geben, was sie wollen, würde eine Verringerung des Wahlalters zu einer minderwertigen Regierung führen.“¹⁸

Wenn Unwissen ein ausreichender Grund sei, Kinder vom Wahlrecht auszuschließen, dann sei es auch ein ausreichender Grund, um großen Teilen des Wahlvolks das Wahlrecht vorzuenthalten.

Im Kontrast zu den Schattenseiten von Wahlen in Demokratien stehen die Prinzipien des Losverfahrens. Die mangelnde Praktikabilität des Losverfahrens und der zu betreibende Aufwand werden als General-Argumente gegen das Verfahren ins Feld geführt. Auch hätten Berufspolitiker die Zeit, sich voll und ganz auf die Politik zu konzentrieren und sich in die Komplexität der Materie einzuarbeiten, während per Los ausgewählte Bürger für einen bestimmten Zeitraum notgedrungen ihren Beruf, ihr Geschäft verlassen müssten, was einen wirtschaftlichen Schaden verursachen könne.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Terrill G. Bouricius, der 15 Jahre im Parlament des US-Bundesstaates Vermont als Abgeordneter tätig war, argumentiert gegen diese Kritik am athenischen Losverfahren und dass die schiere Größe der Wählerzahl einen Losentscheid praktisch unmöglich machten.¹⁹ Man wisse heute, dass eine mit moderner Wahrscheinlichkeitsrechnung und wissenschaftlicher Stichprobengewinnung gewonnene Stichprobe nicht Schritt halten müsse mit einer großen Grundgesamtheit. Eine Stichprobe von 6.000 Bürgern könnte exakt eine Bevölkerung von 300 Millionen wie auch eine von 30.000 vertreten. Er entwickelte Strategien, die den aktuellen legislativen Systemen, wie sie in modernen repräsentativen Demokratien praktiziert würden, überlegen seien. In der Tat sei die Athenische Demokratie fundamental repräsentativ gewesen und keineswegs direkt. Die ca. 500 per Zufall ausgelosten Ratsmitglieder konstituierten das Parlament und hätten so die 30.000 bis 60.000 legitimierte Bürger repräsentativ vertreten. 1.001 per Zufall ausgewählte legitimierte Bürger im Alter von über 30 Jahren entschieden über die neu vorgelegten Gesetze. Das Volksgericht, zusammengesetzt aus 501, 1.001 oder 1.501 per Los ausgewählten Bürgern, konnte bei Bedarf die Ratsmitglieder überstimmen. Lediglich sehr wenige exekutive Ämter, wie

Generäle oder Finanzbeamte, wurden per Wahl durch die Ratsmitglieder bestimmt.

Neben dem Losverfahren war die Aufteilung von politischer Macht in *multiple*, zufällig konstituierte Körperschaften mit unterschiedlichen Eigenschaften die zweite Komponente, die für die *Athenische Demokratie* kennzeichnend war.

„Die athenische Gewaltenteilung zwischen verschiedenen ausgelosten Organen und den selbstselektierten Teilnehmern an der Volksversammlung erfüllte drei wichtige Ziele, die unsere modernen gewählten Legislativen nicht erfüllen: 1) die gesetzgebenden Gremien repräsentierten die Bürgerschaft relativ gut; 2) sie waren äußerst resistent gegen Korruption und übermäßige Konzentration politischer Macht; und 3) die Gelegenheit, mitzumachen und mitzuentcheiden war unter der relevanten Bevölkerung weit verbreitet.“²⁰

Bouricius diskutiert mögliche Probleme mit dem Losverfahren in modernen Demokratien und schlägt verschiedene Organe und sechs Phasen der gesetzgebenden Arbeit vor, anstatt alle Macht einem einzigen Gremium zu übertragen.

Aber auch wenn das Losverfahren – oder zumindest ein gemischtes System aus Wahl- und Losverfahren, wie es Aristoteles vorschwebte – als demokratischer angesehen wird als ein reines Wahlverfahren, muss konstatiert werden, dass der größte Teil der wahlberechtigten Bevölkerung keine politische oder intellektuelle „Mündigkeit“ besitzt (wie in Kapitel 4 ausgeführt), um abschätzen zu können (oder zu wollen), welches politische Programm die einzelnen Parteien oder Abgeordneten im Falle ihrer Auswahl (sei es per Wahl, sei es per Los) mit welchen Folgen für die Bevölkerung und das Land realisieren würden.

Die repräsentative Demokratie und ihre Wähler

Alexis de Tocqueville sah in der *Volkssouveränität* das „Dogma“ der neuen Staatsform Demokratie und im Beispiel der jungen amerikanischen Demokratie Europas Zukunft. Seine Begeisterung drückte sich anfänglich überschwänglich aus.

„Durch die Wahl der gesetzgebenden Körperschaft nimmt das Volk an der Gesetzgebung, durch die Wahl der Beamten der ausführenden

Gewalt an ihrer Ausführung teil; man kann sagen, daß das Volk sich wirklich selbst regiert, so gering und so begrenzt ist der Anteil der Verwaltung, so sehr ist die Verwaltung sich ihres Ursprungs aus dem Volke bewußt und gehorcht der Gewalt, in der sie wurzelt. Das Volk beherrscht die politische Welt Amerikas wie Gott das Universum. Das Volk ist Anfang und Ende aller Dinge; alles geht vom Volke aus, alles in ihm auf.“¹

Die heute wie ein Tanz um das Goldene Kalb anmutende Behandlung des Begriffs der Volkssouveränität blendet vollständig die ungeheuren Probleme aus, die durch die Heiligsprechung des „Souveräns“ – der mit seiner Wahl alles entscheiden könne – verdeckt werden.

„Für den liberalen Tocqueville war das zeitgenössische Amerika der Spiegel, in dem Europa seine Zukunft erkennen konnte. Auf das Prinzip der Volkssouveränität, das in den Vereinigten Staaten herrschte, lief auch auf dem alten Kontinent alles hinaus. Aus der Volkssouveränität folgte, was der französische Beobachter die Allmacht, ja die Tyrannei der Mehrheit nannte. Die Mehrheit bestimmte die öffentliche Meinung und diese regierte immer mehr die Welt. Es war der Hang zur Konformität, der Unterdrückung und Knechtschaft zur Folge haben konnte.“²

Die unumschränkte Herrschaft der Mehrheit liegt nach Tocqueville im Wesen der Demokratie. Das Problem mit diesem Prinzip ist allerdings, dass die Mehrheit der Bevölkerung, damit auch die Mehrheit des Volkes, nicht vernünftig ist, wie dies schon Platon seinen Sokrates aussprechen lässt.³

Die *Mehrheitsdiktatur* stellt ein Problem der Demokratie dar. Sie unterstellt, dass die Mehrheit vernünftiger sei als das Individuum, quasi eine Art *Schwarmintelligenz*. Die mag vielleicht bei Fischen gegeben sein, bei der menschlichen Masse ist eher vom Gegenteil auszugehen. Das Wahlvolk ist eine Ansammlung Vieler, die sich in ihren Zielen, Verhaltensweisen und intellektuellen Fähigkeiten sehr voneinander unterscheiden. Diese nichthomogene Masse vertritt entsprechend nicht die gleichen politischen Auffassungen, sondern ist eher durch egoistische, partikuläre Interessen gelenkt. Zudem können diese unter ideologischem Einfluss oder Manipulation in eine allen gemeinsame regressiven Willenlosigkeit primitivieren, die einem ungesteuerten Herdeninstinkt gleichkommt. Die Masse entmündigt sich selbst und folgt wie durch einen unwiderstehlichen Sog getrieben, paralytisch und unkritisch einer einzigen Vorstellung bzw. Idee. So werden über Medien Stimmungen bei bestimmten Bevölkerungsteilen geschürt und aufgeheizt, die sich Bahn schaffen und alle primitiven massenpsychologischen

Phänomene aufweisen, die bereits Gustave Le Bon⁴ in 1895 beschrieb und in denen Freud⁵ später die Ursache für die Verführung durch (Ver)Führer jeglicher Couleur sah.

„Vielmehr zwingt in einer Demokratie ein Teil der Individuen einem anderen Teil seine Entscheidungen auf. Wenn sich die Mehrheit der Wähler unklug verhält, schadet sie nicht nur sich selbst, sondern auch besser informierten und vernünftigeren Wählern, Minderheitswählern, Bürgern, die nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, zukünftigen Generationen, Kindern, Einwanderern und Ausländern, die nicht wählen dürfen.“⁶

Brennan unterscheidet bei den Bürgern einer Demokratie zwischen *Hobbits*, *Hooligans* und *Vulkaniern*. *Hobbits* seien apathisch und besäßen kein politisches Interesse. *Hooligans* seien fanatisch. Sie zeigten sich absolut überzeugt von ihrer politischen Sicht, die unverrückbar, unkorrigierbar und abgeriegelt gegen jegliche konträre oder neue Information sei. Sie ignorierten Daten und Fakten, die ihrer politischen Ideologie entgegenstünden. Ihre politischen Überzeugungen seien Teil ihrer Identität. Entsprechend dürfe die eigene Identität nicht verunsichert werden. Sie neigten zur Geringschätzung gegenüber Personen, die nicht ihrer Meinung seien, hielten sie für dumm, böse oder irregeleitet. Dieses Phänomen lässt sich psychologisch dahingehend erklären, dass eine solche unkritische, idealisierende Position quasi wie ein religiöses Dogma fungiert. Der dadurch erlangte innere Halt darf um keinen Preis in Frage gestellt werden, weil sonst die eigene Existenz als bedroht erlebt würde. Glaube tritt an die Stelle von Wissen. Diskussion ist nicht mehr möglich, weil in der Regel vergeblich und daher sinnlos.

Die dritte Gruppe – nach Brennan die *Vulkanier* – denkt in politischen Dingen wissenschaftlich und rational. Sie interessiert sich für Politik und bezieht sich auf Überzeugungen, die sie mit Fakten belegen kann, ist dabei aber leidenschaftslos, um vorurteilsfrei und nicht in affektiv aufgeladenen Irrationalitäten zu enden.

Vermutlich machen die *Vulkanier* die zahlenmäßig kleinste Gruppe der Bevölkerung aus. Voraussetzungen für den sogenannten „mündigen Bürger“ – den es ja in Wirklichkeit gar nicht gibt – wäre ein gewisses Bildungsausmaß. Das Bildungsniveau des Volkes aber sah schon Tocqueville als unzureichend an.

„Ich will gerne zugeben, daß die Masse der Bürger sehr aufrichtig das Wohl des Landes will; ich gehe sogar noch weiter und sage, daß ich den Eindruck habe, die unteren Klassen der Gesellschaft verbinden

mit diesem Wunsch im allgemeinen weniger persönliche Interessen als die oberen; was ihnen aber – bei allem guten Willen für das Ziel – immer mehr oder weniger abgeht, ist die Fähigkeit, die Mittel zu beurteilen. Welch langes Studium, welche Fülle von Kenntnissen ist erforderlich ... Das Volk findet niemals die Zeit und die Mittel, sich an diese Arbeit zu machen. Es muß immer übereilt urteilen und sich an das halten, was ihm am deutlichsten in die Augen springt. Daher kommt es, daß Scharlatane aller Sorten sich so gut auf die Kunst verstehen, dem Volk zu gefallen, seine wirklichen Freunde bei ihm dagegen meistens durchfallen.“⁷

Diese Ausführungen treffen auch heutzutage noch in Gänze zu. Trotz eines zu keiner Zeit so unvergleichlich großen Informationsangebots scheint es so, als ob das Volkswissen über politische Zusammenhänge immer geringer würde. Dies könnte am Bombardement durch Schlagzeilen und der immer größer werdenden „News“-Schwemme liegen, was zu einer Reizüberflutung und Abschaltung bei vielen Menschen führt. Andererseits findet eine umfangreiche und ständig weiter zunehmende Abwanderung von seriösen Nachrichtenmedien in die Welt der sozialen Medien statt. Dort wird jede Menge tatsächlicher „Fake News“ neben zutreffenden Informationen in meist sprachlich verkümmerten und bis zur Unkenntlichkeit verbogenen Sprachdrechseleien und Abkürzungen dargeboten.

Der gerne von Politikern zitierte „mündige Bürger“ ist in Wahrheit nicht existent. Nicht nur ist der Großteil der Bevölkerung – und damit die meisten Wähler – politisch ungebildet. Sie sind mehrheitlich uninteressiert oder durch zahlreiche Fernsehauftritte von denselben Politikern beeinflusst und damit fehlgeleitet. Diese Schlussfolgerungen sind durch sämtliche Umfragen belegt, wenn nach konkreten Politikern oder politischen Entscheidungsprozessen gefragt wurde bzw. dem Bekanntheitsgrad von Politikern. Hinzu treten aber weitere Bevölkerungsgruppen, die entweder von der Wahl ausgeschlossen sind, psychisch oder intellektuell gar nicht in der Lage dazu sind, Verantwortung für andere zu übernehmen, da sie selbst für sich nicht dazu in der Lage sind. Insgesamt leidet ein Großteil der Gesamtbevölkerung unter den verschiedensten Einschränkungen durch Süchte und Abhängigkeiten aller Art (15,3 Millionen Bundesbürger nach dem *Epidemiologischen Suchtsurvey* des Bundesgesundheitsministeriums aus dem Jahre 2018)⁸, Persönlichkeitsstörungen, Defiziten im Bildungs- und Intelligenzbereich, Straffälligkeiten und schweren psychischen Beeinträchtigungen (Hunderttausende befinden sich in JVA, forensischen oder psychiatrischen Einrichtungen). Knapp 16 Prozent der Bevölkerung besitzt einen Intelligenzquotienten von bis zu 85, was eine Intelligenzminderung bzw. eine Lernbehinderung bedeutet. In Deutschland sind jedes Jahr etwa

27,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung von einer psychischen Erkrankung betroffen. Das entspricht mehr als 23 von 83 Millionen Personen, von denen pro Jahr nur 18,9 Prozent (also knapp nur jeder Fünfte) Kontakt zu Leistungsanbietern aufnehmen.⁹ Ebenfalls bis zu 20 Prozent der Gesamtbevölkerung leiden unter funktionalem Analphabetismus, der sie schwer in allen Lebensvollzügen belastet und ihre Lebensentfaltung tiefgreifend behindert. Sehr viele von ihnen können zum Beispiel gar nicht lesen, sind also dadurch in ihren Informationsmöglichkeiten extrem eingeschränkt.

9,3 Millionen Jugendliche bzw. Adoleszente im Alter zwischen 14 und 24 Jahren waren nach dem Survey psychisch stark belastet.

Insgesamt muss man davon ausgehen, dass ein sehr großer Teil der Bürger im Land mehr oder weniger stark beeinträchtigt ist und sich bereits von daher wenig bis gar nicht mit tiefer gehenden Informationen befassen kann, weil entweder die psychischen Ressourcen im Kampf um die eigene Existenz benötigt werden und keine Restenergie für andere Dinge verbleibt, oder aber die Voraussetzungen für eine Beschäftigung mit politischen Themen fehlen. Ausgehend von den 60,4 Millionen Bürgern, die bei der Wahl in 2021 stimmberechtigt waren, nahmen 76,6 Prozent aller Wahlberechtigten an der Bundestagswahl teil; das waren demnach 46,3 Millionen Wähler, die für knapp 83 Millionen Menschen des Landes ihre Stimme abgaben (entspricht 55,8 Prozent der Gesamtbevölkerung). Allein 14,9 Millionen Bundesbürger waren mehr oder weniger Analphabeten, mehr als 13 Millionen wiesen eine Persönlichkeitsstörung und 11,3 Millionen Bundesbürger einen Intelligenzquotienten von unter 85 auf. Statistisch betrachtet, muss man von einer weitgehenden Überlappung dieser Gruppen ausgehen, gleichwohl zeigen diese Zahlen, dass ein sehr großer Teil der Stimmberechtigten keine oder nur extrem eingeschränkt gültige Wahlentscheidungen treffen können.

Wer bei diesen Zahlen vom „mündigen Bürger“ spricht, will entweder bewusst die öffentliche Meinung täuschen oder ist schlicht naiv. Tertium non datur. Wahrscheinlich soll solch eine Äußerung in den Medien auf fruchtbaren Boden fallen und diejenigen besänftigen, die noch an Politik interessiert sind und zur Wahl gehen. Schließlich will man ja seine Kunden gut bedienen und bei der Stange halten.

„Demokratie ist wie Ton. Sie passt sich in die Zeit ein. Die konkreten Gestalten, die sie annimmt, sind immer durch historische Verhältnisse modelliert. Als Staatsform, bei der Beratung im Mittelpunkt steht, ist sie sehr empfänglich für die verfügbaren Kommunikationsmittel. Daher war die Demokratie im alten Athen maßgeblich durch die Kultur des gesprochenen Wortes geprägt. Daher gedieh die elektoral-repräsentative Demokratie des neunzehnten und zwanzigsten

Jahrhunderts im Zeitalter des gedruckten Wortes (Zeitung und andere rein rezeptive Medien wie Radio, Fernsehen und Internet 1.0). Heute jedoch befinden wir uns im Zeitalter der permanenten Interaktivität. Hyperschnelle, dezentralisierte Kommunikation sorgt für neue Mündigkeit. Aber welche Demokratie passt dazu?“¹⁰

Was die „Mündigkeit“ betrifft, ist diese Sicht etwas vorschnell, wenn man sich die Deformationen und Einschränkungen wie zuvor beschrieben ansieht. Während das Internet durchaus die Möglichkeit differenzierter und ausgeweiteter Information bietet, steht zu befürchten, dass der größere Teil der Nutzer sich zu oberflächlich oder falsch, weil manipuliert, informiert.

Die überwiegend von jüngeren Menschen genutzten Medien führen zu einer weiteren Verkümmern des sprachlichen und damit des Denkvermögens.¹¹ Der funktionale Analphabetismus betrifft derzeit bereits zwischen 17 Prozent und 18 Prozent der Gesamtbevölkerung (manifeste und latente funktionale Analphabetismus). Bücher werden immer weniger gelesen, eher wird auf Schritt und Tritt in das eigene Smartphone gestarrt, um sich permanent zu vergewissern, dass die Freunde stets wissen, wo man gerade ist und man möglichst alles mitbekommt, und sei es noch so trivial. Dass so Bildung und Wissen nicht entstehen können, ist wohl einleuchtend.

Tatsächlich ist der Wissensstand der Bürger extrem gering, was politische Inhalte betrifft.

„Das Ausmaß der Unwissenheit der meisten Wähler ist für viele, die nicht mit der Forschung vertraut sind, schockierend.“¹²

Der US-amerikanische Professor für Ökonomie Bryan Caplan von der George Mason University in Virginia bezeichnet ein Drittel der US-amerikanischen Gesellschaft als „know-nothings“ (Garnichts-Wisser). 86 Prozent der Öffentlichkeit habe 1992 den Namen des Hundes von Präsident Bush senior gekannt, aber nur 15 Prozent wussten, dass beide Konkurrenten um das Präsidentenamt die Beibehaltung der Todesstrafe unterstützten.¹³ Ähnliche Phänomene lassen sich hierzulande finden, wenn viele Teil der Bevölkerung die Dschungelcamp-Teilnehmer kennen, aber nach der vorletzten Bundestagswahl kaum einen Minister aus der neuen Regierung beim Namen nennen konnten. Wie der *Tagesspiegel* 2018 feststellte:

„Die seit zweieinhalb Wochen amtierende neue Bundesregierung ist in einer Umfrage zufolge in der Bevölkerung weitgehend unbekannt. In einer am Dienstag veröffentlichten Forsa-Umfrage für die Mediengruppe RTL konnten 62 Prozent der 18- bis 29-Jährigen keinen

einzigem Minister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel benennen.

Die am besten informierte Altersklasse waren die über 60-Jährigen, bei denen drei von vier Interviewten mindestens einen Ressortchef kannten. Insgesamt fielen 42 Prozent der Wahlberechtigten überhaupt keine Ministernamen ein.“¹⁴

Der bekannteste Minister war noch Innenminister Horst Seehofer mit 36 Prozent, während die Minister Karliczek, Braun oder Müller nur 1 oder 2 Prozent in der Bevölkerung ein Begriff waren. Wo ist da der „mündige“ und durch das Internet gebildete Bürger wie ihn van Reybrouck oben beschrieben hat? Eher muss man wohl zu dem Schluss gelangen, dass eine grassierende Verdummung um sich greift, die den modernen Kommunikationsformen (Internet, Smartphones) zu danken ist (sh. hierzu ausführlich Kapitel 5).

Die Uninformiertheit der Wähler stellt – im Klartext gesprochen – die Demokratie als Schimäre dar. Wie können hoffnungslos uninformierte Wähler sinnvolle und richtige politische Entscheidungen honorieren?¹⁵ Die Entfremdung zwischen Politikern und Wählern findet auf beiden Seiten aktiv statt. Die Demokratie nimmt Schaden, ja, sie funktioniert offenbar schon länger nicht mehr. Die unwissende und desorientierte Mehrheit des Volkes entscheidet über das Schicksal eines ganzen Landes und über das Leben anderer.

„Die meisten meiner Mitbürger sind in politischen Dingen inkompetent, unwissend, irrational und moralisch unvernünftig. Trotzdem üben sie politische Macht über mich aus. ... Sie können ihre Macht auf unbegründete Art und Weise ausüben, um mir politische Maßnahmen aufzuzwingen, die sie nicht unterstützen würden, wenn sie politisch gut informiert wären oder die Information, die ihnen zur Verfügung steht, rational verarbeiten könnten.

So wie es falsch wäre, mich zu zwingen, mich von einem inkompetenten Chirurgen operieren zu lassen oder an Bord eines Schiffs zu gehen, dessen Kapitän inkompetent ist, scheint es offenkundig falsch, mich zu zwingen, mich den Entscheidungen inkompetenter Wähler zu unterwerfen. Menschen, die Macht über mich ausüben – einschließlich anderer Wähler –, sollten das kompetent und vernünftig tun. Tun sie es nicht, sollte ihnen um der Gerechtigkeit willen verboten werden, Macht über mich ausüben.

Unter realistischen Bedingungen wird das universelle Wahlrecht dieses prima-facie-Recht oft verletzt. Insofern sind die gegenwärtigen Demokratien ungerecht.“¹⁶

Brennans recht drastische Schlussfolgerungen würden darauf hinauslaufen, dass – wenn schon kein Losverfahren, sondern Wahlen verwendet werden – nur kompetente und informierte Wähler das Wahlrecht ausüben sollten, ähnlich der im alten Athen eingesetzten Eignungsprüfung von per Losverfahren ausgewählten Kandidaten für politische und Staatsämter (*dokimasia*; griechisch *δοκιμασία*).¹⁷ Ausnahmen sind in einzelnen Bundesländern existierende Gesetze, wonach Hauptverwaltungsbeamte Eignungsprüfungen unterzogen werden. Allerdings muss sogleich Wasser in den Wein gegossen werden, wenn man berücksichtigt, dass dieses Prozedere faktisch nicht angewendet wird und damit ein zahnloser Tiger bleibt.

Man spricht in diesem Fall von *Epistokratie*, einer Art Philosophen-Herrschaft, ganz im Sinne von Platon. Heute würde man anstatt von Philosophen von Gebildeten und Informierten sprechen (zu denen selbstverständlich auch Philosophen im engeren Sinne gehören würden).

Zum Unwissen der Wähler gesellt sich noch ihre Irrationalität hinzu, was sich dann folgerichtig auch in ihrem Wahlverhalten ausdrückt. Nach Auffassung der naiven Öffentlichkeit funktioniert die Demokratie, weil sie anscheinend das tut, was die Wähler wollen, führt der amerikanische Ökonom Caplan aus. Aus der Sicht der meisten Demokratie-Kritiker versage die Demokratie, weil sie nicht das tue, was die Wähler wollten. Aus seiner Sicht versage sie aber, gerade weil sie das tue, was die Wähler wollten.¹⁸

„Wähler haben Überzeugungen darüber – berechtigt oder nicht – wie die Welt funktioniert. Sie neigen dazu, Politiker zu unterstützen, die eine Politik verfolgen, die – in der Vorstellung der Wähler – sozial hilfreich ist. Politiker wiederum brauchen die Unterstützung der Wähler, um in ein Amt zu gelangen und es zu behalten.“¹⁹

Politik in Demokratien trifft aus diesem Grunde sehr oft keine vernünftigen Entscheidungen oder unterlässt dringend erforderliche Reformen. Der Protest der Wähler wird gefürchtet, der sich in einer Abstrafung beim nächsten Wahltermin auswirken könnte. So unterbleiben längst notwendige Reformen. Hier gehen die politische Kaste und das Wahlvolk eine unheilige Allianz ein. Die einen wollen unbedingt wiedergewählt werden und handeln selbst bei offenkundigen Misständen nicht – etwa in der Verkehrspolitik, im Landwirtschaftsbereich, im Steuerrecht, um nur einige zu nennen. Stattdessen lässt man aus rein wirtschaftlichen Interessen (der Landwirtschaft, der Autoindustrie) weiterhin Millionen an männlichen Küken töten,

gewährt Intoxikationen des Grundwassers und der Äcker in der Landwirtschaft, betreibt seit Jahrzehnten eine Pro-Diesel-PKW-Politik wie nirgends sonst auf der Welt, oder kultiviert das komplizierteste Steuerrecht der Welt. Lautstarker Bürgerprotest (der Bauern, der Diesel-PKW-Fahrer) bewirkt ein Zurückschrecken der Politik vor sinnvollen und dringend notwendigen Entscheidungen oder Beschneidungen von Bürgerprivilegien, die man von seiten der Politik in besseren Zeiten ausufern ließ. Und Lobbyarbeit tut ihr Übriges. Dass der Großteil der Bevölkerung – und damit der Wähler – rational denken und handeln würde, davon gingen Philosophen aller Zeiten nicht aus. Der französische Mathematiker, Physiker und Philosoph Blaise Pascal sah die Abhängigkeit der Machthaber vom Volk bereits Mitte des 17. Jahrhunderts in der Monarchie vor der Französischen Revolution.

„Die Macht der Könige beruht auf der Vernunft und der Narrheit des Volkes, und zwar weitaus mehr auf der Narrheit. Die größte und wichtigste Sache der Welt hat Schwäche zur Grundlage. Und diese Grundlage ist bewundernswert sicher, denn nichts ist sicherer, als daß das Volk schwach bleiben wird. Was auf die gesunde Vernunft gegründet ist, hat sehr schlechte Grundlagen ...“²⁰

Die Ignoranz der Wähler sei ein Produkt der menschlichen Selbstbezogenheit und öffne die Tür für ernste Regierungsfehler. Interessengruppen, Bürokraten und die Politiker selbst marschierten geradewegs hinein.²¹

An dieser Stelle sollte vielleicht einmal in aller Deutlichkeit die Frage gestellt werden, ob eine solche Gesellschaft mit Wählern wie den beschriebenen überhaupt eine Demokratie generieren oder aufrechterhalten kann. Was am „Volkswillen“ bzw. an den wahren Bedürfnissen der Bevölkerung kann überhaupt noch sinnvoll per Wahlen artikuliert werden, wenn mehr als jeder zweite Bürger der Bundesrepublik weder über die Kompetenz, noch über das geringste Wissen über die erforderlich zu treffenden politischen Entscheidungen verfügt? Wenn diese Bürger selbst nicht in der Lage sind, eine fundierte Entscheidung zu treffen, sei es, sie sind in ihren geistigen, intellektuellen Möglichkeiten eingeschränkt, sei es, sie sind mangels Interesse oder Unwissenheit durch Interessierte oder volksverführende Dummköpfe in den Medien leicht manipulier- und verführbar. Wenn diese Bürger dann doch noch zur Wahl gehen, was kann man dann noch an ihren Kreuzen als sinnvolle Entscheidung erachten?

Dieser große, unwissende Teil der Bevölkerung ist unmündig. Er ist leicht manipulierbar, ist somit sehr anfällig für Versprechungen und Verführungen aller Art. Komplexere Zusammenhänge zwischen innerem und äußerem Frieden, Freiheit, Wirtschaft und Wohlstand sind ihm völlig unklar. Sie interessieren ihn auch nicht. Hauptsache, es geht ihm gut und möglichst immer besser.

Die Wut von Teilen der Bevölkerung und der Hass der Wähler auf die Politik rühren weniger daher, dass die Politik Beschneidungen von früher gewonnenen Privilegien vornimmt – was sie ja aus Angst vor der Abstrafung durch die Wähler auch kaum bis gar nicht tut –, sondern weil sie zum Beispiel in Deutschland politische Handlungsspielräume an Bürokraten und supranationale Instanzen abgibt, was mit Veränderungen und Beeinträchtigungen auf dem Arbeitsmarkt und damit oft negativen Auswirkungen auf die eigenen existenziellen Grundlage verbunden ist.

In dem Maße, in dem die Politik im Lande den Wünschen ihrer Wähler nicht mehr nachkommen kann, steigen Unmut in der Bevölkerung und teilweise sogar ausgelebter Hass Einzelner. Dies betraf zum Beispiel rational begründbare Maßnahmen wegen des ungehemmten Verstoßens gegen notwendig gewordene Einschränkungen individueller Freiheitsrechte, wie dies am Beispiel der COVID-19-Pandemie deutlich wurde.

Die Ansprüchlichkeit der Bevölkerungen in den westlichen Wohlstandsgesellschaften ist im Durchschnitt ins Unermessliche gestiegen – wie auch am bereits erwähnten Beispiel Frankreichs ersichtlich. Die Bevölkerung hat Angst davor, dass Veränderungen stattfinden könnten, die vor allem Abstriche am erworbenen Wohlstand, Einschränkungen von Rechten oder Freiheitsräumen mit sich brächten.²² Dies ist auch einer der Gründe, der die lange Regentschaft der Kanzlerin Angela Merkel erklärt. Zwar ist manchem informierten Bürger klar geworden, dass das politische Klima der Republik sich noch weiter vom demokratischen Ideal entfernt hat. Diese Entfernung von demokratisch-parlamentarischen Prinzipien war zu großen Teilen einer feudal regierenden Kanzlerin zuzuschreiben. Sie entschied in vielen Fällen schlicht am Parlament vorbei (zum Beispiel Umwelt- oder Migrationspolitik). Notwendige Reformen wurden immer wieder vetragt oder einfach ausgesessen. Die große Koalition wurde zur Machtbasis ausgebaut, die Opposition damit de facto außer Kraft gesetzt. „Das Prinzip von Macht und Kontrolle gerät aus dem Lot. Die politische Öffentlichkeit erstirbt.“²³ Gleichwohl honoriert das Wahlvolk dieses undemokratische System. „Die Wählermehrheit wollte keinen Politikwechsel. Sie wollte mehr vom gleichen: mehr Merkel, egal mit wem.“²⁴ Merkel hatte nachgewiesenermaßen die politischen Instinkte, die Schwächen der Wähler bestens zu bedienen. Nicht nur fanden unter ihrer Ägide keinerlei Reformen statt, die diese Bezeichnung verdienen würden, sondern sie hatte eine Meisterschaft darin entwickelt, sich so schwammig und unverbindlich auszudrücken, nur um mit ihren Einlassungen keinem Wähler auf die Füße zu treten.

„Erspüren“ ist der Gegenentwurf zu „führen“, so viel wird klar.
„Wie müssen wir werden, damit ihr uns wählt?“ lautet die Frage. ...

Das Motto im ideologiefreien Multimarkenshop gilt auch für 2017: der Unvernunft eine Chance.

Botschaften, die der coolen Jugend in den Großstädten gefallen müssen. „Deine Rechte“, so versteht sie den Appell des sozialunionsdemokratischen Konzepts, „sind die Pflichten der anderen. Halt die Leute am Ruder, die so bunt daher kommen wie du selbst.“

... das Zusammenrücken der beiden großen Volksparteien im System M löscht jede demokratische Alternative. Damit wird Merkels Rettungslogan zur Staatsräson: „Es gibt keine Alternative.“ Was für den Euro galt, gilt nun für die Renten, Mindestlöhne, Mietpreisbremse und Energiewirtschaft. Und natürlich für die Flüchtlingspolitik. Die Parteien sichern ihre Zukunft: da bleibt für die Sicherung des Wohlstands nur eins: Einigkeit macht stark. Opposition ist von gestern wie die Parteiendemokratie.“²⁵.

Wie kann in einem Staatswesen eine Demokratie funktionieren, in dem die Mehrheit die politischen Vorgänge durch Wahlen nicht vernünftig beeinflussen kann, weil sie aus den dargelegten Gründen dazu gar nicht in der Lage ist? Wenn die sich zur Wahl Stellenden nicht die für die Bevölkerung wichtigen Entscheidungen treffen können, sei es aus mangelnder eigener Qualifikation (weil Interessen-Kungeleien und nicht sachliche Erwägungen darüber entscheiden, wer von den Parteien als Kandidat aufgestellt wird), sei es, dass man sich vom – unreifen, unsachgemäßen – Wählerwillen korrumpieren lässt, bloß um an der Macht zu bleiben? Was daran ist demokratisch?

Von der Stammesgesellschaft zur Nation

Das ursprüngliche menschliche Leben fand in primitiven Horden und Stämmen statt, wie es heute nur noch bei ganz wenigen Naturvölkern beobachtbar ist. Als eine der ersten als zivilisatorisch zu bezeichnenden Gemeinschaften erwähnt Popper¹ das Reich der alten Sumerer in Südmesopotamien im letzten Drittel des vierten und dritten Jahrtausends vor Christus. Sumerer Südbabyloniens und die Semiten Nordbabyloniens schufen eine städtische Kultur sowie ein Bewässerungssystem des Zweistromlandes zwischen Euphrat und Tigris.

Wie bereits ausführlicher dargelegt, bringt die wachsende Zahl von Menschen auf einem eingegrenzten Territorium Probleme im Zusammenleben mit

sich, so dass Regeln für das Zusammenleben entwickelt werden müssen, wenn nicht Chaos und Gewalt herrschen sollen. Der Mensch musste aus Eigennutz gesellig werden, um sich und seine Art zu erhalten.² Ganz früh basierte das Gefühl der Zusammengehörigkeit auf Blutsverwandtschaft, da die wenigen Menschen sich untereinander paarten. Später trat an die Stelle direkter Blutsverwandtschaft aufgrund der Zugehörigkeit zur selben Rasse eine Art „Blutsbewusstsein“.

Die besondere Verbindung des Menschen zu Stammesgenossen basiert zuallererst auf dem evolutionären Vorteil. Für Lebewesen, die soziale Formen der Existenz entwickelten, ergab sich ein Überlebensvorteil in der Entwicklung der Arten im unerbittlichen struggle-for-life. Feinde konnten so besser abgewehrt werden, was der Art einen Überlebensvorteil bescherte. Im Laufe der Zeit der Weiterentwicklung gemeinschaftlicher Lebensformen resultierten aber für die menschliche Rasse zusätzliche soziale und psychologische Erfahrungen, die mit der Zeit zu Bedürfnissen heranreiften, die reguliert werden mussten.

„... ist nicht nur leidenschaftliche Liebe, sondern jede freundschaftliche Beziehung zu anderen allein insofern möglich, als man im anderen ein Spiegelbild des eigenen Ich sehen kann. Das ist gegeben, wenn die anderen blutsverwandt sind, und je näher sie verwandt sind, umso leichter ist es möglich. Daher die besondere Betonung der Rasse, die etwa bei den Ptolemäern zur Endogamie führte – zur ausschließlichen Heirat innerhalb der eigenen Volksgruppe. ... das gleiche Gefühl deutet Wagner in der Liebe von Siegmund und Sieglinde an. Nietzsche hielt – wenn auch durchaus nicht in anstößiger Form – von seiner Schwester mehr als von jeder anderen Frau. ...

Das Nationalitätsprinzip, zu dessen Vorkämpfern Byron gehörte, ist eine Erweiterung der gleichen „Philosophie“. Der Begriff der Nation umfaßt gewöhnlich Zugehörigkeit zur selben Rasse, Abstammung von gemeinsamen Vorfahren und ein gewisses „Blutsbewußtsein“.³

Der hier auftauchende Begriff der *Nation* bezeichnet ein Phänomen weit größeren Ausmaßes, das – angesichts einer unüberschaubaren Masse Mensch – an die Stelle der Verwandtschafts- und Zugehörigkeitsgefühle zu ein und derselben Art tritt, in seinem psychologischen Kern aber deren Rolle übernimmt. Weit früher entstand zunächst die Stammeszugehörigkeit. In dem Maße, in dem die Zahl der Menschen und Stämme answoll, ließ sich das Format der Stammeszugehörigkeit nicht länger aufrechterhalten. Der *Staat* als zentralisierte und organisierte politische Macht entstand nach Stammeskämpfen von umherziehenden Nomaden und Urvölkern.

Der bedeutendste Kulturtheoretiker Arnold J. Toynbee⁴ sieht den Ursprung der frühen mesopotamischen Zivilisationen darin, dass schwierige Dschungel-Umwelt-Situationen ingeniose und unternehmungslustige Anführer ihre Anhänger dazu animierten, in fruchtbare Gebiete und Täler zu migrieren, die sie kultivierten und in denen sie Staaten gründeten. Popper zufolge sei dies eine romantisierende Sicht, die z. B. auch Hegels Sicht sei. Der Idee der Nation liegt nach Poppers Auffassung der *Stammesnationalismus* zugrunde.

„Der Versuch, „natürliche“ Grenzen für einen Staat zu finden und den Staat dementsprechend als eine „natürliche“ Einheit zu betrachten, führt zum *Prinzip des Nationalstaats* und zu den romantischen Fiktionen des Nationalismus, der Rassenlehre und dem Stammesmythos. Aber das Prinzip des Nationalstaats ist nicht „natürlich“ und die Idee, daß es natürliche Einheiten gibt, wie Nationen, oder sprachliche oder rassisch einheitliche Gruppen, ist völlig fiktiv.“⁵

Die Menschen hätten sich vom Beginn der Geschichte an ständig gemischt, vereinigt, getrennt und wieder gemischt, eine „Reinrassigkeit“ sei nie und nirgends existent gewesen. Umso interessanter ist die Frage, wie konnte es zu *Nationen* kommen? Welche historischen Bedingungen und Zeitgeisteströmungen führten dazu, dass aus Stämmen, Völkern oder Staaten Nationen wurden? Weil die Rahmenbedingungen der menschlichen Existenz Regulierungen im Zusammenleben erforderlich machen, beschäftigten sich Philosophen – als Sinngeber und Ergründer menschlicher Existenz – zu allen Zeiten insbesondere mit der Frage der Rahmenbedingungen des gemeinschaftlichen Lebens, innerhalb derer Rechte und Möglichkeiten für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft am besten geregelt werden könnten. Es ist sehr spannend, zu sehen, dass die gesamte Geschichte der Philosophie bis in die Moderne hinein durch gegensätzliche Auffassungen gekennzeichnet ist: Es gibt die, die eher demokratische Staatsformen befürworteten und solche, die eher nationalistische, monarchisch oder aristokratisch orientierte Staatsformen propagierten. Ursprünglich vertraten die Philosophen des Altertums wie Heraklit, Platon und Aristoteles entschieden nationalistische Auffassungen und waren Gegner der Demokratie.

Nationalismus war in der Antike keineswegs so negativ konnotiert. War die Idee der Nationalität zunächst mit durchaus aufklärerischen Staatsmodellen verknüpft, denen vernünftige, rationale Erwägungen und nicht emotional getönte Ideologien zugrundelagen, so verbanden sich erst mit der Zeit monarchistische, postkoloniale, sozialistische und faschistische Staatssysteme mit dem Begriff Nationalismus, Staatsformen also, die mit der demokratischen Idee nichts gemein hatten. Der Nationalsozialismus

ist das plastischste Beispiel der Neuzeit. Auch wenn die Idee eines nationalen Zusammenhalts bereits im Altertum entstand, war von *Nation* zu jener Zeit noch nicht die Rede, obwohl von Heraklit, Platon und Aristoteles die Kerngedanken eines nationalen Zusammenhalts bereits formuliert wurden. Der Begriff der Nation im modernen Sinne tauchte erst im Gefolge der Französischen Revolution auf. Die geschichtliche Entwicklung zeigt, dass zum einen die Voraussetzungen für nationale Separierungen erst gegeben sein mussten, und dass zum anderen offenbar ein Bedürfnis der Bürger seinen Ausdruck in der Nationenbildung (*nation building*) fand. Der Philosoph Peter Sloterdijk drückt mehrfach sein Erstaunen darüber aus, dass „große politische Körper“ offenbar einen Drang danach verspüren, sich zu einer „Gesellschaft“ bzw. „Nation“ zusammenzuschließen.

„Gewöhnlich denkt man bei diesem Wort (Gesellschaft) an die Populationen moderner Nationalstaaten, mithin an große und sehr große politische Einheiten mit demographischen Volumen zwischen mehreren Millionen und mehr als einer Milliarde Mitgliedern. Nichts sollte erstaunlicher sein als das Daseinkönnen dieser Millionen- und Milliardenensembles von Menschen in ihren nationalkulturellen Hüllen und ihren vielfältigen inneren Unterteilungen. Wir sollten fassungslos sein angesichts dieser stehenden Heere aus politischen Gruppen, denen es, man weiß nicht wie, immer wieder gelingt, ihre Angehörigen mit der Überzeugung zu versorgen, sie seien aufgrund einer gemeinsamen Lage und einer gemeinsamen Vorgeschichte aktuell miteinander schicksalhaft verbundene Gesellschafter, somit Rechtsgenossen und Teilnehmer an lokalen Überlebensprojekten.“⁶

Es schimmert die Überzeugung durch, ein gemeinsames oder nationales Zusammengehörigkeitsgefühl entstünde aus Beeinflussungen heraus, die von sozialen Gruppen ausgingen und auf ihre individuellen Mitglieder ihre Wirkung erziele. Diese Sicht kann man haben – wie die Geschichte lehrt, nicht zu Unrecht – allein, sie erklärt nicht erschöpfend das nationale Identitätsgefühl, das Nationen entwickeln.

Erst im 19. Jahrhundert bildeten sich in Europa viele Nationalstaaten, die vom Nationalismus geprägt waren, dem im Kern eine Abgrenzung gegenüber anderem, Fremdem zugrundelag (was immer damit gemeint sein mag). Unsere heutigen westlichen Herrschafts- und Gesellschaftssysteme sind ohne die im Zeitalter der Aufklärung – etwa 1650 bis 1800 – entstandenen Vorstellungen wie Gewaltkontrolle, das Prinzip der Repräsentation, Menschenrechte und Volkssouveränität, nicht denkbar. Insofern sind die westlichen Demokratien ein Kind der Aufklärung. Die Aufklärung war geprägt durch den Geist eines Antifeudalismus und einer Antireligiosität.⁷

Hierin spiegelt sich das grundsätzlich rationale Denken der Epoche der Aufklärung, die die Vernunft als den universellen Ausgangspunkt für alles Denken und Handeln ansah.

Die Konzepte ‚Nation‘ und ‚Demokratie‘ standen lange Zeit in einem ungeklärten Verhältnis zueinander, weshalb bei den antiken Philosophen die Vorstellung vom Nationalstaat sich mit demokratischen Ideen noch nicht vereinbaren ließ.

„Das Projekt einer politischen Philosophie der Nation hat keine lange Tradition. Auch wenn Konzepte der Nation im politischen Denken der ... Philosophen Herder, Kant, Fichte und Hegel teilweise eine grosse Bedeutung haben, so finden sich bei ihnen doch kaum klare Definitionen, geschweige denn eigentliche Theorien der Nation oder des Nationalismus.“⁸

Die hohe Ambivalenz, die mit dem Begriff ‚Nation‘ verknüpft ist, hat mit dem Missbrauch zu tun, der mit einem Nationalismus einhergehen kann, aber nicht einhergehen muss. Wenn ein Nationalismus übersteigert wird, liegt dem notwendigerweise die Herabsetzung anderer nationaler Entitäten zugrunde, Ein-sich-über-sie-Erheben, eine chauvinistische Haltung. Auf der anderen Seite ermöglicht ein gemässigter Nationalismus eine nationale Identitätsbildung, die unzweifelhaft menschliche Urbedürfnisse nach Zusammenhalt, Heimat und Zugehörigkeit bedient.

„Die Begriffe Nation und Volk sind schwer zu präzisieren. Umgangssprachlich umschreibt „Nation“ ein effektiv oder potentiell staatstragendes Volk. Nationalismus ist eine politische Haltung, nach welcher Staatsgebilde und als Völker konzipierte Grossgruppen übereinstimmen sollten. Das eigene Volk wird dabei tendenziell über andere Völker gestellt. Chauvinistisch wird der Nationalismus dann, wenn die Errichtung eines eigenen Nationalstaates oder die Verteidigung der Interessen des bestehenden eigenen Nationalstaates zur höchsten Leitlinie aller Handlungen erhoben wird. Der Nation und dem Nationalismus liegt also eine abgrenzbare Gruppe von Menschen zugrunde – ein Volk. Die Kriterien allerdings, nach denen dieses Volk von anderen abzugrenzen ist, unterscheiden sich in verschiedenen Definitionsversuchen grundsätzlich. Sie lassen sich in die Bereiche Natur (biologische Abstammung, geographisches Territorium), Kultur (Sprache, Religion, gesellschaftliche Organisation) oder subjektives Bewusstsein (Gefühl der Zugehörigkeit) gruppieren. Eine griffige Definition lässt sich aus dieser weit aufgefächerten Begriffsverwendung nicht gewinnen.“⁹

Der Versuch, das in einer sozialen Gemeinschaft miteinander Verbindende in eine Begrifflichkeit zu fassen, die gemeinsame Ziele, Auffassungen und Orientierungen sowie das Aufeinander-angewiesen-Sein umfasst, mündete schließlich in den Begriff *Nation*. Unter ihm versammeln sich politische, geschichtliche, kulturelle, soziologische und psychologische Inhalte, die alle gemeinsam und wechselseitig so etwas wie eine historisch gewachsene allgemeine *Identität* bilden.

„Seit der Französischen Revolution von 1789 wird demokratische Herrschaft nicht nur als theoretische Konzeption, sondern auch politisch-pragmatisch in Beziehung zu „Nation“ oder „Volk“ gesetzt. Dem ancien régime wurde als neue politische Kategorie die Nation als politische Einheit entgegengesetzt: Nicht mehr über dynastische oder religiöse Zugehörigkeiten, sondern über die Zugehörigkeit zur Nation sollte die Partizipation am politischen Leben geregelt werden. Mit der Instituierung von „Nation“ als neuem politischen Subjekt eines Staatswesens änderten sich die Legitimationsgrundlagen politischer Herrschaft. Die politische Ordnung mußte sich nunmehr über die „Nation“ legitimieren und die „Nation“ legitimierte politische Herrschaft. Zwischen Legitimierung und Legitimation entstand ein dialektisches Verhältnis. Auch das Gleichheitspostulat als weiteres Prinzip der neuen Ordnung orientierte sich an der Zugehörigkeit zur „Nation“. Damit beinhaltete das Konzept „Nation“ auch einen emanzipatorischen Charakter.“¹⁰

„Demokratie“ und „Nation“ sind nicht identisch. Während der Begriff der Nation etwas Identitätsbezogenes meint, das im Kern eine psychologische, emotionale Komponente hat, soll der Begriff der Demokratie die Formen des Umgangs miteinander, die Regeln des Zusammenlebens und das Verhältnis des Individuums zur Gemeinschaft und umgekehrt kennzeichnen, und verweist eher auf einen sachlichen Kern. Während schon eine Einigung über die Begrifflichkeit Nation schwierig ist, fallen die Auffassungen über die Inhalte des Begriffs Demokratie seit den Zeiten des Altertums bis heute sogar noch kontroverser aus.

Bedeutende Philosophen des Zeitalters der Reformation (frühes 16. bis 17. Jahrhundert) wie Thomas Hobbes sahen die absolute Herrschaft durch einen einzelnen Menschen, am besten durch einen Monarchen, als die beste Lösung an, da Menschen nicht wie Ameisen oder Bienen Wesen mit wirklichem sozialem Zusammenhalt seien, sondern nur ihre individuellen Ziele verfolgten. Entsprechend waren sie gegen Demokratie, während für den sehr einflussreichen Zeitgenossen John Locke das Gegenteil der Fall war. Für ihn, der auf die französischen und englischen Verfassungen maßgeblich

chen Einfluss nahm, war der völlige Verzicht auf Dogmatismus charakteristisch für seine liberale Grundhaltung.

„Mit dieser geistigen Einstellung hängen ersichtlich die religiöse Toleranz, der Erfolg der parlamentarischen Demokratie, das *laissez-faire* und das ganze System der liberalen Grundsätze zusammen. Obwohl Locke ein tiefreligiöser Mensch und frommer Christ ist, der in der Offenbarung eine Quelle der Erkenntnis sieht, umgibt er die angeblichen Offenbarungen doch der Sicherheit halber mit rationalen Fragestellungen. ... So steht letzten Endes doch die Vernunft an höchster Stelle.“¹¹

Auch der portugiesisch-niederländische Philosoph Spinoza (1632 – 1677) sah die Demokratie als die „natürlichste“ Staatsform an.

Schwer einzuordnen ist die Position von Jean-Jacques Rousseau (1712 – 1778), einem schweizer Philosophen und Gesellschaftstheoretiker, der für die Französische Revolution und die weitere philosophische Denkweise maßgeblich war wie auch für spätere Diktaturen wie Russland und Deutschland. In seinen politischen Ausführungen in dem wichtigen Werk *Vom Gesellschaftsvertrag (contrat social)* diskutiert er so kontroverse Begriffe wie Demokratie, Diktatur, Freiheit, Unfreiheit und Liberalismus sowie Totalitarismus, so dass er in seiner Position sehr schwer einzuordnen ist. Zwar entwirft er im Gesellschaftsvertrag die Idee einer Republik mit demokratischen Prinzipien, die aber nur unter sehr eingegrenzten Bedingungen überhaupt zustandekommen könne. Zu den Schwierigkeiten zählt die Anzahl der Menschen, die ansprechbar wären und untereinander überhaupt Kontakt aufnehmen könnten, vor allem aber die menschliche Eigenart, egoistisch zu sein. Für größere Gesellschaften, in denen aufgrund der Menge der Menschen einzelne nicht untereinander Kontakt aufnehmen könnten, taug dieses Modell bereits nicht.

Das Allround-Genie Bertrand Russell – Philosoph, Mathematiker, Logiker und Friedensaktivist – sieht in ihm den Vater der *romantischen Bewegung*, einer ca. im 18. Jahrhundert entstandenen und bis Mitte des 20. Jahrhunderts wirksamen Zeitgeistströmung, die mit ihrer Neigung zum Gefühlvollen, ohne besonderen Einbezug rationaler Erwägungen, konventionelle Fesseln ablegen wollte und ein Vorläufer des *Individualismus* war. Rousseau wird von Russell als pseudodemokratischer Denker kritisiert, der nur scheinbar für die Staatsform Demokratie eintrat, in Wahrheit aber den totalitären Staat rechtfertigte, indem das Individuum alle seine Rechte an die Gemeinschaft abtrete. Der Souverän seien bei Rousseau nicht mehr das Volk und der einzelne Bürger, sondern der Staat und der Wille der Gemeinschaft, so dass jeder, der sich dem allgemeinen Willen entziehe, durch

den Gesellschaftsvertrag gezwungen werden könne. Man kann unschwer die schwierige Grenzziehung zwischen individuellen Rechten und Freiheiten des Individuums und dem Wohle der Gemeinschaft erkennen. Wo ist die Freiheit des Individuums gefährdet und wo die der sozialen Gemeinschaft? Eine Gesellschaft kann durch zu viele und zu weit gefasste Freiheiten für ihre individuellen Bürger selbst in ihrer Existenz gefährdet werden, was sich dann mit drastischen Folgen negativ auf die Freiheiten des Einzelnen auswirken würde, also letztlich kontraproduktiv wäre.

Als ursprünglicher Anhänger des demokratischen Gedankens, sympathisierte Immanuel Kant (1724 – 1804) zunächst mit der Französischen Revolution, wurde aber offenbar durch die nachfolgenden Gräueltaten uneindeutiger in seiner Haltung. Seine politischen Positionen sind wenig klar geworden, weshalb er auch wenig im Zusammenhang mit Begriffen wie Demokratie und Nation erwähnt wird. Immerhin attestierte er jedem Volk seinen eigenen „Charakter“. Er favorisierte eine „republikanische Verfassung“, derzufolge eine Gleichheit der Menschen untereinander und vor dem Gesetz sowie die Befolgung von Gesetzen neben dem Prinzip der Freiheit die wichtigsten Eckpfeiler darstellten. Kant unterscheidet zwischen einem quasi „angeborenen, natürlichen Charakter, der sozusagen, in der Blutmischung der Menschen liegt“ und „dem Charakteristischen des erworbenen künstlichen (oder verkünstelten) *der Nationen*“.¹² Generell kann man sagen, dass im Kantschen Denken ein Konzept vom Menschen vorherrscht, das universell auf die gesamte Menschheit anwendbar und nicht im Rahmen nationaler Charakteristika zu interpretieren ist.

Bei Hegel (1770 – 1831) finden wir eine Verherrlichung des Staates, er sei „das vorhandene, wirklich sittliche Leben“¹³, wo sich der spezifische „Volksgeist“ verwirklichen könne. Seine Staatsphilosophie spiegelt die realpolitischen Verhältnisse Deutschlands und seiner Zeit.^{14, 15} Da unterschiedliche Staaten eben ihre eigenen Volksgeister hätten, müssten in Konfliktfällen Kriege entscheiden. Der bessere Volksgeist setzt sich nach dieser Philosophie quasi gegen den unterlegenen durch. Hegels Nationsbegriff definiert sich also indirekt über den Volksgeist, der sich im Krieg mit anderen Volksgeistern behaupten muss, um schließlich im übergeordneten „Weltgeist“ aufzugehen. Damit arbeitet die Hegelsche Philosophie einem chauvinistischen Nationalismus entgegen. Man sollte bei der Bewertung der Hegelschen Auffassungen unbedingt seine Interessenlage miteinbeziehen: Hegel stand im Sold Preussens, was seine machtbezogenen Ansichten doch sehr relativiert.

Der Pessimist Schopenhauer (1788 – 1860) äußerte sich in seinem generellen Weltschmerz allem gegenüber pessimistisch und war gleichwohl entscheidend wichtig für alle nach ihm kommenden Philosophen. Er war weder Nationalist noch Demokrat. Er war dem Leben gegenüber grund-

sätzlich negativ eingestellt. Nach ihm hätte es am besten gar kein Leben auf unserem Planeten gegeben, da wir Menschen in den „schlechtesten aller Welten“ lebten. Entsprechend stand er auch der Demokratie, dem Christentum und den Frauen ausgesprochen feindselig gegenüber. Eine präzise Philosophie des Staates oder der Nation wird man bei ihm vergebens suchen. Nietzsche (1844 – 1900) als Nachfolger Schopenhauers äußerte sich ebenfalls nicht explizit zu den politischen Zusammenhängen zwischen Staat, Nation und Demokratie. Er verfasste nicht eine politische Philosophie des Staates, vielmehr propagierte er den Helden, den vornehmen Menschen, den aktiven Bürger, der das demokratische Selbstbewusstsein entfalten müsse. Nietzsches Bild der Demokratie war geprägt von den Nationen und Demokratien des 19. Jahrhunderts.

„... ist Nietzsche sicher kein Freund der Demokratie, jedenfalls nicht der seiner Zeit, mit der es aber auch nicht weit her war. Gab es im 19. Jahrhundert Demokraten, denen die Demokratie wichtiger gewesen wäre als die Nation, der Staat oder der Sozialismus? In Großbritannien fehlt bis heute eine Verfassung. Für viele war denn die Demokratie nur eine bürgerliche Angelegenheit, die schnell aufzugeben war, wenn es politisch nicht im jeweiligen Sinn klappte. Von Demokratie im Stil eines Verfassungspatriotismus war weit und breit nichts zu sehen.“¹⁶

Nietzsche müsse eher als Wegbereiter emanzipatorischer Bewegungen angesehen werden, aus denen heraus die Zivilgesellschaft entstand, mit zunehmender Gewaltenteilung in Staat und Gesellschaft, er also letztlich doch als eher demokratieorientiert einzuordnen sei.

Karl Marx (1818 – 1883) wird gemeinhin als von der Hegelschen Philosophie stark beeinflusst beschrieben. Dies trifft aber nicht zu, war er doch keinesfalls ein strikter Nachfolger von Hegels Philosophie. Er lehnte Mystik strikt ab und sah die Materie als treibende Kraft und die Beziehung des Menschen zur Materie.

„Marx passte seine Geschichtsphilosophie in eine der Hegelschen Dialektik entlehnte Form ein: in Wirklichkeit interessierte ihn jedoch nur dreierlei: der Feudalismus, repräsentiert durch den Großgrundbesitzer, der Kapitalismus, repräsentiert durch den industriellen Unternehmer, und der Sozialismus, repräsentiert durch den Lohnempfänger. Hegel hielt die Völker für die Träger der dialektischen Bewegung; Marx setzte an ihre Stelle die Klassen.“¹⁷

Insofern Marx der Überzeugung war, dass der Sozialismus mehr zum

menschlichen Glück beitragen würde, war er natürlich ein Gegner des Kapitalismus und damit der bürgerlichen Demokratie.

Die schwierige Geschichte der Sichtweise und des Verständnisses von Staat, Nation und Demokratie spiegelt sich wider in der Uneindeutigkeit der Auffassungen der Philosophen vom Altertum bis in die Neuzeit. Die Form des Gemeinschaftslebens in größeren Populationen ist eine höchst subjektiv beladene und ideologisch aufgeheizte Thematik. Mit ihr sind elementare Fragen und Aspekte der Lebensgestaltungsmöglichkeiten verbunden: das Ausmaß an individueller Freiheit wie das Ausmaß an Gleichheit und Gerechtigkeit, das Spektrum von freier bis eingeschränkter oder sogar unmöglicher Meinungsäußerung wie auch das der Mitbestimmungsmöglichkeit an der Politik des eigenen Staates. Die Begriffe Staat, Nation und Demokratie sind nicht klar voneinander abgegrenzt, überlappen sich zum Teil und wurden zu den unterschiedlichen Zeiten mit unterschiedlichen Vorstellungen verbunden. Hinzu kommt, dass die Entwicklung von Nationen eher eine neuzeitliche ist, so dass deren Tragweite und Implikationen noch gar nicht richtig durchdrungen zu sein scheinen. Jedenfalls weisen die heftigen Debatten im Zusammenhang mit dem Begriff Nation, die vor allem in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg geführt werden, auf erhebliche Konflikte mit dem Nationsbegriff hin.

Angesichts der erst kurzen Zeitspanne des Bestehens von Nationalstaaten als Kinder der Moderne, insbesondere der Kriege, die in ihrem Namen begangen wurden, wurden der Nationsbegriff sehr skeptisch und Nationalismus und Demokratie von Popper als sich gegenseitig ausschließende Gegensätze angesehen. Auch der Kulturtheoretiker Arnold J. Toynbee sah die größte Bedrohung für die Demokratie in der „Vergötzung von Nationalität und Nationalismus“.¹⁸ Popper und Toynbee schrieben ihre epochalen Werke *The Open Society and Its Enemies* 1945 (Popper) und *The Study of History* in 1946 (Toynbee). Ihr Skeptizismus war durchdrungen von den gerade erst erlebten Katastrophen der beiden Weltkriege. Beide Historiker und Geschichtsphilosophen differenzierten die Begriffe „Nation“ und „Nationalismus“ nicht voneinander. „Nation“ und „Nationalität“ wurden in der Neuzeit zu Identitäts-Kennzeichnungen, derer sich praktisch alle Länder dieser Welt bedienten. Davon sollte der Begriff „Nationalismus“ klar abgegrenzt werden, da er ein übersteigertes, chauvinistisches Nationsverständnis transportiert. Dass sich überhaupt der Nationenbegriff in den letzten 200 Jahren so schnell und weltweit durchgesetzt hat, verweist auf eine offensichtliche Bedürftigkeit der verschiedenen Völker. Nationalität und Nationalitätszugehörigkeit sind ganz offensichtlich von enormer Bedeutung, dies ist bei allen Völkern Europas zu beobachten – mit weitgehender Ausnahme Deutschlands. Seit dem Desaster des Zweiten Weltkrieges und der von Deutschen zu verantwortenden Shoa fehlt den Deutschen mehrheit-

lich der Nationalstolz.¹⁹ Wie ausführlich im Kapitel 2 ausgeführt wird, ist die Erschütterung des nationalen Selbstverständnisses speziell in Deutschland auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu sehen. Der nationale Stolz ist ein identitätsstiftendes Momentum, das Menschen zweifelnsfrei Sicherheit, Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit – und nicht Alleinsein –, Sinn und Halt bietet. Der Skeptiker Popper mag in seiner Auffassung richtig liegen, dass mit dem Nationalismus und dem Nationskonzept Bedürfnisse archaischer Natur bedient werden, Bedürfnisse, wie sie bei den Urvölkern und der Stammesgesellschaft üblich waren. Seine leicht verächtlich und überheblich anmutende Attitüde ignoriert aber die womöglich biologisch verankerte, triebhafte Bedürftigkeit nach Sicherheit durch Gleichheit. Eine Gleichheit, die sich aus der gemeinsamen Abstammung und Blutsverwandtschaft ergab, mit der zugleich eine existenzielle Sicherheit gegen Außenfeinde verbunden war.

Die Vorsicht und das initiale Misstrauen Fremden gegenüber, wie sie in praktisch allen Kulturen und Gegenden dieser Welt bei allen unterschiedlichen Kulturen zu beobachten sind, lassen sich nicht alleine aus der sozialen bzw. soziologischen Perspektive erklären. „Fremdenfeindlichkeit“ könnte in archaischen, biologisch begründeten und genetisch noch nicht überwundenen Wurzeln mitbegründet liegen und nicht alleine eine Folge sozial entwickelter Haltungen sein. Selbst falls das Streben nach Zugehörigkeit auf scheinbar längst vergangene archaische Bedürfnisse der frühen Stammesgesellschaft zurückgeführt werden müsste, so liesse sich dieses Phänomen nicht einfach durch rationale Erwägungen aus der Welt schaffen. Die menschliche Natur basiert zu einem großen Teil auf biologisch vorgegebenen Möglichkeiten und Grenzen. Die sozialen Lebensbedingungen schaffen nicht den Menschen, sie ermöglichen nur innerhalb der vorgegebenen biologischen Rahmenbedingungen Variationsmöglichkeiten des Erlebens und Verhaltens. Zwar ist die Ausformung der Psyche des Menschen weitestgehend von Lernprozessen und sozialen, kognitiven wie emotionalen Einflüssen abhängig, die Basis der Existenzfähigkeit bildet aber das Gefühl der Sicherheit. Auf ihm baut alles auf. Existenz ist bei allen Arten stets mit Angst verbunden. Sie schützt vor Gefahren und Lebensbedrohungen. Das „Nationalgefühl“ trägt heute zu den basalen Bedürfnissen von Sicherheit, Verbundenheit (dem Gegenteil von Verlassenheit), zur Identität bei.

Neben dem potenziellen biologischen Anteil am Streben nach einer nationalen Zugehörigkeit spielt das psychologische Moment eine bedeutsame Rolle. Wie schon angeklungen, sieht sich das Individuum im vertrauten Menschen – unbewusst – auch sich selbst. Am Beispiel des weltweit begeisterten Phänomens Fußball lässt sich der im Grunde simple Mechanismus am besten studieren.

Im Fußballsport finden Europa- und Weltmeisterschaften statt. Die nationale Begeisterung steigert sich bei sehr Vielen zuweilen bis zur Ekstase. Die Nationalspieler eines Landes legen bei Länderspielen meist die Hand auf ihr Herz, singen die Nationalhymne leise mit oder schmettern sie aus vollem Herzen. Zigtausende im Stadion und weitere Millionen verfolgen über bild- und tongebende Medien das Spiel. Symbolisch geht es um Leben oder Tod: wir gegen die. Deutschland gegen Frankreich oder Italien oder Brasilien. Wildfremde Menschen liegen sich weinend oder lachend in den Armen, wenn ein Tor für die eigene Mannschaft fällt oder wenn das eigene Team gar das Spiel gewonnen hat. Es ist in die Geschichte eingegangen, wie sehr den völlig demoralisierten Deutschen der unerwartete Sieg der Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft 1954 psychologischen Halt und ein Stück nationalen Stolzes zurückgab.

Einige, alkoholisiert und durch psychologische Massenphänomene in ihrem Ego-Gefühl maßlos übersteigerte Hooligans, können nach einem Spiel randalieren und fühlen sich im massentrunkenen Zustand mächtig, geradezu omnipotent. Die Gemeinsamkeit mit anderen befördert bei ihnen ein grenzenloses Grandiositäts- und Omnipotenzgefühl. In diesem manischen Zustand verschmilzt das Individuum mit anderen, es regrediert in den wohligen Aufgehobenheitszustand eines Kleinkindes.

Solche Bedürftigkeiten werden solange bestehen bleiben, solange die menschliche Natur noch durch ihre archaischen Erbanlagen geprägt ist. Das Beispiel Fußballländerspiele (oder Europaliga- oder Champions League-Spiele) erfüllt – bei genauerem Hinsehen – durchaus sinnvolle Funktionen. Fußball ist ein Kampfspiel, wie Wettkampfsport generell. Aber speziell Fußball ist ein *Mannschaftsspiel* von elf Männern oder Frauen in jeder Mannschaft. Auch hier zeigt sich die euphorisierende Wirkung eines gemeinschaftlichen Zusammenhalts im Kampf gegen den Gegner – wie zu Zeiten urtümlicher Stammeskämpfe. Zudem sind Länderspiele *Ersatzkriege* (Sublimierungen), sie stehen symbolisch für echte Kriege.^{20, 21} Man wird schwerlich umhinkommen, zuzustimmen, dass „Ersatzkriege“ von Nationalmannschaften in einem Stadion realen Kriegen vorzuziehen sind. Über sie können sehr wichtige psychologische Regulierungen und Befriedigungen erfolgen (kathartische Affektabfuhr, das Erleben von Gemeinschaft und Zugehörigkeit, Identifizierungen), die ansonsten keine Befriedigungsmöglichkeiten hätten und in realen und nicht symbolischen Kämpfen eine Abfuhr erfahren müssten.

Erfolgreiche Politiker und Volksverführer waren sich sehr darüber im Klaren, dass sie *Symbole* pflegen mussten, um ihre Anhängerschaft zusammenzuhalten. Vom Totempfahl bis zur Nationalflagge vermitteln diese Symbole Gefühle der Zugehörigkeit und rufen Empfindungen der Vertrautheit wach, die jeder Mensch für seine Landschaft, seine Möbel, die

Gesichter und seine Erinnerungen hat, wobei der Kern von Bildern und Zuneigungen das Nationalgefühl sei, wie der Journalist, Schriftsteller und Politikwissenschaftler Walter Lippmann bereits vor 100 Jahren erkannte. Die Gefahr liege im Missbrauch des Zugehörigkeitsbedürfnisses durch Verführer.

„Wegen seiner Fähigkeit, das Gefühl aus bestimmten Ideen herauszusaugen, ist das Symbol sowohl ein Mechanismus der Solidarität wie ein Mechanismus der Ausbeutung. Es gestattet den Menschen, für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten. Aber gerade weil einige wenige, die sich in strategisch günstiger Position befinden, die Auswahl über konkrete Objekte treffen müssen, ist das Symbol auch ein Werkzeug, mit dessen Hilfe einige sich an vielen mästen, die Kritik ablenken und die Menschen dazu verführen können, sich für Dinge aufzuopfern, die sie nicht verstehen.“²²

Der entscheidende Punkt mit dem Nationalitätsgefühl betrifft das Ausmaß des Nationalismus. Ein übersteigerter – chauvinistischer – Nationalismus birgt politische Gefahren in sich, innen- wie außenpolitisch. Ein gemäßigtes Nationalgefühl dagegen erfüllt elementare menschliche Bedürfnisse. Aus dieser Perspektive kann Popper in seiner kritischen Sichtweise des Nationalitäts-Gedankens nicht zugestimmt werden. Wohl aber seiner Schlussfolgerung, dass die demokratische Staatsform grundsätzlich die einzige Staatsform sei, die die Kontrolle über eine ausufernde Macht von Staatsführern gewährleiste.

Eine Nation, die allen gefallen will,
verdient, von allen verachtet zu werden.

Georg Lichtenberg

2. Deutschland als Beispiel für den Niedergang

Der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg

Regierung, Entnazifizierung und Umerziehung oblagen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst den alliierten Besatzungsmächten und den von ihnen eingesetzten Militärregierungen.¹ Im Februar 1945 trafen sich in *Jalta* auf der Krim die Führer von drei der späteren Siegermächte: Roosevelt (USA), Stalin (UdSSR) und Churchill (Großbritannien), um die Gebiets- und Machtverteilung in Europa nach dem Krieg, die Aufteilung Deutschlands und den Krieg gegen Japan zu beraten. Vorangegangen war ein erstes Treffen der Alliierten in Teheran Ende 1943. Bezüglich der Abrüstung Deutschlands, Entmilitarisierung und seiner Entnazifizierung bestand grundsätzlich Einigkeit, auch darüber, dass ein demokratisches Deutschland errichtet werden sollte, nicht aber darüber, was unter Demokratie zu verstehen sei.² Am 5. Juni 1945 folgte die *Berliner Viermächteerklärung* – eigentlich nur von drei der sogenannten „Hauptsiegermächte“, nämlich der UdSSR, der USA und Großbritanniens, die auf den gemeinsamen Beschlüssen von Jalta basierte. In dieser Erklärung wurde festgehalten, dass die deutschen Streitkräfte geschlagen seien und sich Deutschland allen Forderungen der Siegermächte vollständig zu unterwerfen habe. Außerdem wurde festgehalten, dass es vorläufig keine deutsche Regierung geben werde, sondern dass die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen würden und ihnen das Recht unbenommen sei, die deutschen Grenzgebiete später festzulegen.

Am 2. August 1945 folgte das *Potsdamer Abkommen*, in dem die Viermächteerklärung umgesetzt wurde. In diesem Abkommen wurde der *Alliierte Kontrollrat* konstituiert, der als Organ mit der obersten Regierungsgewalt eingerichtet wurde.

„Verbindliche politische Richtlinien über die Art und Weise der Umsetzung der militärisch-politischen Verwaltung Deutschlands unterlagen dem militärischen, politisch-ökonomischen Interessenstreit

zwischen den Alliierten einerseits sowie auch innerhalb der jeweiligen Siegermacht andererseits.“³

Interessen von US-amerikanischen Großindustrien, die während des Krieges im Kriegsministerium vertreten gewesen waren, nahmen Einfluss auf die Besatzungspolitik in den Westzonen und schufen somit Fakten, die nachfolgende politische Entscheidungen präjudizierten. Zwischen September 1945 und April 1952 wurden die verschiedenen Bundesländer in den amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen gegründet, während in der Sowjetischen Besatzungszone bereits 1945 Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen Länderstatus erhielten.

Die USA setzten mit dem *European Recovery Program (ERP)*, dem nach dem US-Außenminister und früheren General George C. Marshall benannten *Marshallplan*, ein Wirtschaftsförderungsprogramm der USA für den Wiederaufbau Europas in Gang. Dieses Förderungsprogramm betraf Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Staaten, Österreich und eben Deutschland. Osteuropäische Staaten, die ebenfalls unter dem Krieg gelitten hatten, kamen nicht in den Genuss der Hilfen, da sich die Sowjetunion sehr bald aus den Verhandlungen zurückzog und den unter ihrem Einfluss stehenden Staaten die Teilnahme am Programm verbot.⁴

„Dass die USA Nutzen aus ihrer materiellen Hilfsaktion ziehen würden, lag auf der Hand. Die Länder Westeuropas waren die wichtigsten Abnehmer für die amerikanische Überschussproduktion; eine von den USA finanzierte Stärkung der europäischen Kaufkraft musste wie ein transatlantisches Konjunkturprogramm großen Stils, eine Atlantisierung des amerikanischen New Deal, wirken. Dazu kamen politische Überlegungen ...

Insgesamt flossen im Rahmen des European Recovery Program (ERP), der Vertragsform des Marshallplans, zwischen 1948 und 1952 amerikanische Mittel in Form von Waren und Rohstoffen von 13 Milliarden Dollar nach Europa.“⁵

Nach dem Willen der westlichen Alliierten sollte in Deutschland ein Staat mit einer demokratisch legitimierten Regierung entstehen, ein Staat, in dem die politische Macht aufgeteilt werden sollte auf einen Bund und verschiedene Bundesländer.⁶ Die ersten elf Landtage der westlichen Besatzungszonen wählten 1948 den sogenannten *Parlamentarischen Rat*, dem die Aufgabe obliegen sollte, Beratungen und Formulierungen zum deutschen Grundgesetz vorzunehmen. Nach längeren Verhandlungen zwischen den Westalliierten und den Regierungschefs der westdeutschen Länder nahm

der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 seine Arbeit auf.⁷ Dem ging im August 1948 der *Verfassungskonvent von Herrenchiemsee* voraus, der im Auftrag der Regierungschefs der Länder ein Sachverständigengremium sein sollte, das die Aufgabe hatte, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der dem Parlamentarischen Rat als Grundlage für die Erstellung einer gesetzlichen Grundordnung des neu zu gründenden deutschen Staates diene. Dieser Konvent sollte neben der Weimarer Reichsverfassung die wirkmächtigste Referenz des vom September 1948 bis zum Mai 1949 tagenden Parlamentarischen Rates sein.⁸

Verfassung und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – eine Kritik

Das *Grundgesetz (GG)* für die Bundesrepublik Deutschland wurde vom *Parlamentarischen Rat* im Mai 1949 in Bonn verabschiedet.

„Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, eine verfassungs- und staatsrechtliche Basis für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland), die noch von der Zustimmung der Länderparlamente und der Genehmigung der Militärgouverneure der Westzonen abhing. Zusätzlich schuf er mit dem Wahlgesetz zur Bundestagswahl und den Bestimmungen für die Bundesversammlung die gesetzlichen Voraussetzungen für die am 14. August 1949 erfolgende erste Bundestagswahl sowie für die erste Wahl des Bundespräsidenten, die am 12. September 1949 stattfand.“⁹

Den Müttern und Vätern des Grundgesetzes steckten die Abwahl der Demokratie im Jahr 1932 und die daraus entstandenen Folgen offenbar noch in den Gliedern. Der *Parlamentarische Rat* hegte „ein gewisses Misstrauen“ gegenüber dem Volk, hatten die wahlberechtigten deutschen Frauen und Männer doch bei den beiden Reichstagswahlen mit fast 60 Prozent der abgegebenen Stimmen drei demokratiefeindliche Parteien (die NSDAP, die DNVP und die KPD) gewählt.

„Wer das Grundgesetz in seiner besonderen Fixierung auf Stabilität, Kontrolle, überstaatliche Einbindung und Gewaltenhemmung und auch die ersten Jahrzehnte der neuen Bundesrepublik verstehen will, darf das Trauma der 1932 gescheiterten Volkssouverenität nicht zu gering veranschlagen. Die Bonner Verfassung von 1949 zeigt

eine sehr deutliche Ausrichtung auf stabile, regierende Parlamentsmehrheiten mit einer reinen Repräsentativität auf Bundesebene, starke horizontale und föderal vertikale Gewaltenteilung, Bereitschaft zur europäischen und internationalen Eingliederung, mit dem Verbot des Angriffskrieges: Wie soll man all das anders verstehen denn als normative Verkörperung eines tief sitzenden Misstrauens gegen das eigene Volk – Ausdruck zumindest einer ambivalenten Vorsicht im Blick auf die deutsche Kultur der Demokratie? Bonn sollte nicht Weimar werden.“¹⁰

Das Misstrauen war groß, deshalb sollte möglichen Machtballungen und -missbräuchen entgegengewirkt werden. Insofern war eines der obersten Prinzipien bei der Verfassungsgebung die Gewaltenteilung. Die Aufteilung der staatlichen Gewalt in die Legislative (Gesetzgebung), die Exekutive (vollziehende Gewalt) und die Judikative (Rechtsprechung) sollte gegenseitige Kontrollen ermöglichen, um so die staatliche Macht zu begrenzen: Der Bundestag vertritt die gesetzgebende Gewalt, die Bundesregierung die exekutive und die Bundes- und Landesgerichte vertreten die judikative Gewalt.

Da Demokratie stets die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit bedeutet, legte das Grundgesetz 1949 im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung einen besonderen Wert auf die individuellen Rechte der Bürger. Das Grundgesetz enthält einen Kanon an unverbrüchlichen und fundamentalen Grundrechten, die im Unterschied zur Weimarer Reichsverfassung einen Vorrang vor den Befugnissen des Parlaments bedeuten.¹¹

Man muss den Geist des Grundgesetzes als entscheidend beeinflusst durch die entsetzlichen Geschehnisse des *Zweiten Weltkriegs* und des *Holocaust* verstehen. Staatliche Gewalt sollte um jeden Preis eingedämmt werden. Deshalb wurde die individuelle Freiheit in einem Maße entworfen wie in kaum einer anderen bekannten demokratischen Verfassung. Dieses zum obersten Prinzip erhobene Ausmaß an individueller Freiheit sollte dann in der später gefestigten bundesdeutschen Republik auch zu erheblichen Problemen führen. Man kann diese Vorgehensweise der Gründungsmütter und -väter als eine *Reaktionsbildung* bzw. als eine *Verkehrung ins Gegenteil* verstehen. Mit diesen Begriffen beschreibt die Psychoanalyse Abwehrmechanismen, mit deren Hilfe ungewünschte oder gefürchtete Einflüsse und Impulse von welcher Seite auch immer – oder wie im vorliegenden Fall gefürchteten möglichen desaströsen Entwicklungen wie im Dritten Reich – abgewehrt und so verhindert werden sollten. Hier findet sich der Niederschlag des oben beschriebenen Misstrauens gegenüber dem Volk wieder. Der dahinterstehende Wunsch war, die Bürger ganz im Gegensatz zum Dritten Reich mit Freiheiten und Rechten auszustatten, so dass sie sich nie

wieder radikalisieren würden und zu Massenbewegungen würden anstiften lassen. Reaktionsbildung und Verkehrung ins Gegenteil sind unbewusste Prozesse, die einem Gefühl folgen, einer Angst nämlich, und ohne Beteiligung von rationalen Überlegungen sind. Das Ergebnis war in diesem Fall ein Menschenbild, das ausschließlich dem Wunsch einer zu schaffenden Gesellschaft nachging, wie man sie sich idealerweise wünschte, was allerdings vollständig unreal war und an der Wirklichkeit der menschlichen Natur vorbeiging. Deutsche sollten frei sein und ihre Wünsche und Träume erfüllen können; ein idealtypischer Entwurf vom Menschen aufgrund der immensen Schuldgefühle, die abgewehrt und unbewusst bleiben mussten. Angesichts der menschlichen Natur hätte eine reife, bewusste und realistische Abwägung des Für und Wider einer solchen Freizügigkeit zu einer anderen Verfassung geführt, die zwar die angezielte Freiheit des Individuums weitgehend gewährleistet, zugleich aber die Abgründe unzivilisierter, trieb- und besessenheitsgesteuerter, perverser, krass individualistischer Machtstrebungen wie im Dritten Reich eingehegt hätte. Dies wurde leider versäumt. Man kann auch heute noch über manche politischen Entscheidungen nur den Kopf schütteln, weil man unschwer erkennen kann, dass der Gesetzgeber bei Gesetzesentwürfen, die das gemeinschaftliche Zusammenleben regeln sollen, kein fachkompetentes Wissen bezüglich menschlicher Eigenheiten, Motive und Möglichkeiten zu Rate zieht. Es werden immer wieder Gesetze entworfen und verabschiedet, bei denen ein völlig unrealistisches Menschenbild zugrundeliegt, eben weil dem Ideal einer wirklichkeitsfremden Verfassung gefolgt wird.

Tatsächlich können viele Bürger wenig bis nichts mit zu großen Freiheiten anfangen. Dazu müssten Voraussetzungen gegeben sein, insbesondere ein innerer Reifegrad der Grundpersönlichkeit, die eigene Freiheit – auch die von Mitmenschen – in ihren Implikationen zu verstehen, so dass das Ausleben der eigenen Bedürfnisse vom Individuum verantwortlich selbst reglementiert werden könnte, wie dies bereits dargelegt wurde. Eine solche soziale Kompetenz, wie sie in größeren Gemeinschaften unverzichtbar benötigt wird, ist aber leider bei Vielen nicht gegeben. Am deutlichsten tritt der Missbrauch des Freiheitsbegriffs in weiten Teilen der Bevölkerung in Krisenzeiten hervor, wie dies aktuell in der Corona-Pandemie beobachtet werden konnte, wenn z. B. egoistisches und rücksichtsloses Verhalten zu weiteren Ansteckungen mit Todesfolgen bei anderen oder einem selbst führt, und wenn bei polizeilichem Einschreiten sogar noch aggressiv reagiert wird.

„Freiheit ist nicht identisch mit Willkür und Beliebigkeit, sondern bedeutet geregelte Freiheit, die ihre Grenzen hat. Sie ist festgelegt und verpflichtet auf das Sittengesetz.“

Die Regelung gemäß dem Sittengesetz ist bestimmt durch die Beziehungen auf die Vernunft, in der das sittliche Gesetz vorgegeben ist. Freiheit ist insofern vernunftgeregelte Freiheit.“¹²

Der Staat sieht im Artikel 2 des GGs vor, dass jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit habe und zugleich nicht gegen die Rechte anderer verstößt. Genau hier aber liegt die Crux. Es gibt – bedingt durch ein mittlerweile verbreitetes gesellschaftliches Klima – zahllose Rechtseinschränkungen von Bürgern dieses Landes aufgrund rücksichtsloser „Freiheitsausübungen“ durch einzelne andere, die entweder nicht justiziabel sind oder erst gar nicht zu Verfahren vor Gerichten kommen, so dass die in der Verfassung vorgesehene Möglichkeit der Anwendung des *Konkordanz-Prinzips* (Herstellung eines angemessenen Ausgleichs) durch eine Abwägung von Grundrechtspositionen der miteinander streitenden Parteien gar nicht erst zum Tragen kommt.

Denn das Problem ist heute, dass von Vernunft und Rücksicht in diesen maßlos anspruchsvollen und selbstbezogenen Zeiten kaum oder gar nicht mehr die Rede sein kann. Zu Zeiten der Entstehung des Grundgesetzes waren der Schock und die Not so groß, dass moralisch-ethische Prinzipien wie Solidarität *den* Halt boten, durch den der Wiederaufbau und eine existenzielle Fundierung nur möglich schienen. Der Rückzug auf den Kantschen Imperativ wurde zur Grundlage einer neuen Ausrichtung, die die Nachkriegszeit prägte. Werte wie Dankbarkeit, Disziplin, Rücksicht, Verantwortung, Solidarität oder Verlässlichkeit waren für die Mehrheit der Bevölkerung *Maxime*, die eine solidarische Gemeinschaft entstehen ließen und eine anpackende und an einer lebenswerten gemeinschaftlichen Zukunft ausgerichtete Haltung ermöglichten.

Die Naivität der Schöpfer des Grundgesetzes 1948/1949 kann u. a. daran ermessen werden, dass mehr versprochen wurde, als die Bundesrepublik jemals hätte stemmen können. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ ist eine Formulierung, die realistischerweise besser im Rahmen eines allgemeinen Völkerrechts ausdekliniert worden wäre, nämlich „nach Maßgabe ihrer Aufnahme- und Integrationsfähigkeit.“¹³ Falls sich an irgendeinem Tag eine Milliarde chinesischer Bürger aufgemacht und an den deutschen Grenzen Asylrecht beansprucht hätte, die Bundesrepublik hätte sie ins Land lassen müssen. Man kann eine solche gesetzgeberische Naivität nur als die Reaktion auf einen riesigen Schuldkomplex oder aber sogar unreflektierten Größenwahn verstehen. „Christus spricht: Kommt her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken.“ (Matthäus 11, 28). Im Sinne des vom deutschen Lyriker Franz Emanuel August Geibel 1861 getätigten Verses ließe sich auch sagen: „Sind wir noch gestern die Bösen gewesen, nunmehr sollt ihr am

deutschen Wesen genesen.“ Diese Grundhaltung prägt auch heute noch die deutsche Politik.

Das 1949 in Kraft getretene Grundgesetz war ursprünglich als Provisorium angesehen worden.¹⁴ In der Tat hat es sich in weiten Teilen nicht bewährt und hat sich als unzureichend präzise erwiesen, indem das Regierungssystem nicht ausführlich genug und sogar antidemokratisch konzipiert wurde. Die „Heilige Kuh“ Grundgesetz erfährt nach wie vor in der Öffentlichkeit eine Anbetung, die einem Götzendienst ähnlich ist.

„Was man heute als Parlamentarisches Regierungssystem bezeichnet, ist in der Verfassung allenfalls in Ansätzen geregelt. Geregelt und bis heute sehr wirksam sind jene Verfassungselemente, die das parlamentarische System hemmen: Es gibt auf der Bundesebene bis heute eine sehr ausgeprägte bürokratische Autonomie der Ressorts gegenüber parlamentarischer Steuerung und eine beträchtliche Verselbstständigung von großen Teilen der Verwaltung, etwa der Sozialversicherungsträger. Die Landesregierungen und ihre Bürokratien können über den Bundesrat zudem erheblichen politischen Einfluss auf die Bundespolitik nehmen und haben mit der weitgehenden institutionellen Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine weitere enorme Machtressource in der Hand. ...

Man muss sich den Verfassungsaufbau der Bundesrepublik daher im Ausgangspunkt dualistisch vorstellen, als variable Zuordnung zweier Schichten, die zugleich eine sehr deutsche Form von Gewaltenteilung zwischen Politik und Bürokratie verkörpern. ...

Die Staatsrechtslehre der frühen Bundesrepublik zog aus dieser Verfassungslage ziemlich eindeutig die Konsequenz, das Grundgesetz habe eine „Abwendung vom parlamentarischen System“ vollzogen. Und tatsächlich ließ sich ja das Grundgesetz im Stile eines gaullistischen Verfassungsideals antiparlamentarisch interpretieren: Der Kanzler – und nicht das Parlament! – bestimmt die Richtlinien der Politik. ... eine seltsame Vorstellung von Gewaltenteilung ohne demokratisch gewählte Exekutive.“¹⁵

Das Grundgesetz ist eindeutig vom Geiste des 19. Jahrhunderts inspiriert, konnte man sich doch Ende der 40er Jahre, nach der verheerenden ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beim Entwurf der Verfassung für ein neues Staatsgebilde – erst recht eines in einer demokratisch besseren Version als das der Weimarer Republik – auf nichts stützen. Trotz verschiedenlicher Anläufe und Voten von Politikern, Politik- und Geschichtswissenschaft-

lern oder auch politischen Journalisten für eine Revision des Grundgesetzes, hat es bis heute keine Überarbeitung und Änderung von Teilen des GG gegeben, selbst nicht nach der Wiedervereinigung, die ein idealer Zeitpunkt für eine Revision gewesen wäre.¹⁶ Somit haben wir heute eine Situation, in der Deutschland im dritten Jahrtausend mit einer Verfassung zurechtkommen muss, die auf dem Geist des 19. Jahrhunderts basiert. Mit einem so konzipierten rechtlichen Rahmen kann kein Land der Welt aktuelle oder zukünftige Aufgaben angemessen lösen.

Die Verfassungen der westlichen Staaten sind überaltert und werden der sich rapide verändernden Welt nicht gerecht. Bereits die amerikanische Verfassung in Form der Unabhängigkeitserklärung von 1776 wirkt hohl und aufgesetzt, wenn sie davon spricht, „alle Menschen sind gleich“ und von Verfassungsvätern wie Hamilton, Jefferson und Washington verfasst wurde, die selbst noch „Negersklaven“ hielten und Zahnprothesen aus Elfenbein mit Zähnen trugen, die ihren Sklaven gezogen worden waren.¹⁷ Nicht zuletzt auch, wenn man den Geist betrachtet, den die Unabhängigkeitserklärung atmete, indem sie eine „repräsentative Demokratie“ schuf, die keine wahre Demokratie anzielte, weil man dem Volk misstraute (sh. Kapitel 3).

„Aber jetzt stehen wir vor ganz neuen Herausforderungen. Die Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Erklärung der Menschenrechte, die Mütter und Väter der alten Verfassungen in Europa kannten das Internet und die sogenannten Sozialen Medien nicht, sie wussten nichts von der Globalisierung, der Macht der Algorithmen, der künstlichen Intelligenz und dem Klimawandel. Die Gefahren, denen wir heute ausgesetzt sind, waren damals noch nicht einmal zu erahnen.“¹⁸

Bereits im Jahre 1960 (!) hatte sich die Auffassung verdichtet, das Grundgesetz sei antiquiert und bedürfe einer Gesamtrevision¹⁹, was aber im parlamentarischen Dschungel über viele Jahre hinweg verschleppt und schließlich ganz aufgegeben wurde. Angesichts der sich in kürzesten Zeiträumen vollziehenden Veränderungen im Land und erst recht der beschleunigten globalen Entwicklungen verwundert es nicht, dass das Grundgesetz den Eindruck erweckt, zu erodieren.²⁰ Die europäische Integration stellt ein weiteres Problem für die überalterte Verfassung dar, die sich in zweierlei Weise ausgewirkt hat: Zum einen hat sie mit der Unitarisierung und deren Kooperation mit dem Bundesstaat die Länderkompetenz in der Bundesrepublik ausgehöhlt, zum anderen ist die Politikverflechtung um eine weitere Ebene verkompliziert worden.

„Während die Gesetzgebung ferner in beachtlichem Maße auf die europäische Ebene abgewandert ist, liegt der Vollzug aus der *länderblinden* europäischen Perspektive bei den Mitgliedsstaaten. Im Bundesstaat Deutschland übernehmen die Länder nicht nur den Vollzug des Bundesrechts, sie – und in Teilen auch die Kommunen – implementieren und vollziehen nun auch europäische Verordnungen und Richtlinien; die Auflösungserscheinungen deutscher Kompetenzverteilung scheinen damit perfekt.“²¹

Deutschland ein „Rechtsstaat“?

Kaum ein Begriff wird so oft in der politischen Debatte strapaziert wie der, wir lebten in Deutschland in einem *Rechtsstaat*. Stolz wird immer wieder die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat bezeichnet. Der Begriff wird ganz offensichtlich als Gegenentwurf zu dem des „Unrechtsstaats“ im Dritten Reich betont hervorgehoben. Dabei handelt sich um eine deutsche Begriffskonstruktion, die international ihresgleichen sucht und ihre Wurzeln im Denken des 19. Jahrhunderts und Preußens Einrichtung eines Oberverwaltungsgerichts 1875 hat.¹ Das Grundgesetz der zu gründenden Bundesrepublik Deutschland sollte mit seinen Vorgaben der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative und deren Zusammenwirken die Basis für einen demokratisch funktionierenden Staat und auf diese Weise für einen Rechtsstaat abgeben.² Entscheidend für das Funktionieren eines Staates, in dem die durch das Recht gewährleistete Freiheit und Gerechtigkeit funktionieren, sei das *Rechtsvertrauen* der Bürger.³ Um das ist es aber inzwischen schlecht bestellt.

Hinter dem Begriff Rechtsstaat steckt die Intention, zu signalisieren, im Deutschland der Jetzt-Zeit ginge alles „mit rechten Dingen“ zu, alles laufe nach Recht und Gesetz ab, nicht nach der Willkür und Macht einzelner, mächtiger Gruppen oder Parteien, es handele sich um das Gegenteil zur Vergangenheit. Dadurch soll ein Grundgefühl von Freiheit vermittelt werden, geschützte individuelle Rechte wie auch die Berücksichtigung der Würde eines jeden einzelnen Menschen seien unantastbar (Artikel 1 des GG). Der Begriff des Rechtsstaats ist in dieser gedanklichen Konstruktion untrennbar mit den Vorstellungen von einer Demokratie verbunden.

„Allerdings hat auch der Verfassungsgeber des Grundgesetzes das Rechtsstaatsprinzip als solches nicht in einem besonderen Rechtssatz konkretisiert, so dass bezweifelt wird, ob es „das Rechtsstaats-Prinzip“ überhaupt gibt. ...

Der Verfassungsgrundsatz des Rechtsstaats ergibt sich mit anderen Worten aus einer Zusammenschau der genannten Vorschriften sowie aus der Gesamtkonzeption des Grundgesetzes selbst (BFerfG, 1953).“⁴

Die Verfassung äußert sich also nicht eindeutig zum Rechtsstaats-Begriff. Damit haben wir es mit einem Vakuum zu tun, das beliebig – je nach Bedarf und politischen Interessen – mit an den Haaren herbeigezogenen Begrifflichkeiten und Assoziationen gefüllt werden kann. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass ein (wie auch immer gearteter) Rechtsstaat nur in Koppelung mit einer Demokratie möglich sei. Der Begriff Demokratie wiederum wird von Land zu Land verschieden definiert und folgt keinem einheitlichen oder nachvollziehbaren Standard. Wie wir bereits gesehen haben – und noch sehen werden – erfüllt die Bundesrepublik Deutschland nur mehr Rudimente eines Mindeststandards eines demokratischen Staatsgebildes. Wie also müssen wir uns unseren demokratischen Rechtsstaat vorstellen, wenn wir gar nicht wissen, was damit gemeint ist? Nun tritt auch noch ein substanzieller Verfall demokratischer Eckpfeiler hinzu. Wie können im Gefolge eines aufgeweichten und erodierenden demokratischen Staatswesens eine Rechtsstaatlichkeit und somit Rechtssicherheit gewährleistet sein? Wie kann ein „Rechtsstaat“ existieren, wenn die Grundfesten des notwendigen demokratischen Rahmens nicht nur wanken, sondern bröckeln oder bereits teilweise zerstört sind?

„Seit vielen Jahren haben wir es in der Bundesrepublik – und durchaus zunehmend – mit einer fehlenden Konsequenz bei der Umsetzung sowohl von Gesetzen als auch von rechtskräftigen Entscheidungen deutscher Gerichte zu tun. Immer wieder trägt es sich zu, dass diese Umsetzung mit dem Verweis auf vermeintlich höherwertige Güter wie Moral, Religion, Menschlichkeit und die all diesen Werten übergeordnete „Gerechtigkeit“ und begleitet von großem Medienwirbel be- oder verhindert wird.“⁵

Ideologische Bewegungen untergraben den Rechtsstaat, weil in Teilen der Bevölkerung ein falsches, pervertiertes Freiheitsverständnis entstanden ist, dem die wirklichkeitsfremde Verfassung der Bundesrepublik den Weg gebahnt hat. Scheinbar moralisch oder ethisch „korrekte“ Argumente werden eingesetzt, um Gesetze außer Kraft zu setzen, weil doch im Namen der „richtigen Sache“ gestritten werde (Schuleschwänzen aufgrund von Teilnahme an Demonstrationen, Hausbesetzungen etc.).

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, führt die seiner Meinung nach entscheidenden Punkte auf, die die Erosion des Rechtsstaats befördern: